



Gedanke der internationalen Solidarität aller Ausgebeuteten und Unterdrückten der ganzen Welt nicht nur in Gedanken, sondern in der Tat. Der Internationalismus des Proletariats wird verkörpert durch die Einheit der kommunistischen Weltpartei, der kommunistischen Internationale. Kein ferner Traum, keine Utopie, keine Zukunftshoffnung, sondern lebendiger täglicher revolutionärer Kampf unter der Führung der kommunistischen Internationale, das ist der wahre Internationalismus unserer Zeit, das entspricht dem Geist der Tradition des 1. Mai.

Nicht anders steht es auch mit den Zielen, die die gewaltigen Kampfdemonstrationen am 1. Mai einst verkündeten, und mit dem Kampfziel, das heute auf unseren Fahnen geschrieben steht.

**Volle Arbeitsruhe am 1. Mai!**  
**Am 1. Mai — Straße frei!**

Diese Tradition bleibt heute ebenso lebendig wie einst, und diese Losungen gewinnen für uns um so mehr an Bedeutung, als wir sie nicht mehr im Kampfe gegen die feudale-junkerliche Sklaverei, sondern im Kampfe gegen den Ausnahmezustand des sozialdemokratischen Polizeiministers und den Wirtschaftsfrieden und die Streikabwägung der Gewerkschaftsbürokratie in die Tat umsetzen müssen. Aber dieser Kampf soll nicht nur ein einmaliges Zeugnis von der Kraft des Proletariats sein, sondern steht im engsten Zusammenhang mit dem täglichen revolutionären Kampf gegen Reformismus und Faschismus, gegen die faschistischen Diktaturpläne der Trustbourgeoisie. Der 1. Mai muß in der Sprache der Massenaktion durch Arbeitsruhe und Demonstration verkünden, daß das Proletariat vor dem Entscheidungskampf mit der Bourgeoisie nicht zurückweicht, daß es sich bewußt ist, um was es geht.

Der 1. Mai steht im Zeichen des Kampfes für die Diktatur des Proletariats.

Das ist die Tradition des 1. Mai!

**Begnadigung des Feme-Schulz?**

Es werden wieder Arbeitermörder gebraucht

Am nächsten Dienstag soll im Rechtsausschuß des Preussischen Landtages über die rechtslose Begnadigung des Femebanditen Oberleutnant Schulz entschieden werden. Im Ausschuss ist von dem Generalrechtsanwalt Grimm ein Antrag auf Strafurlaub und weitere Begnadigung des Mörders eingebracht worden.

Die Reaktion wittert Morgenluft. Es werden bald wieder, wenn es nach den Wünschen dieser Herren geht, Arbeitermörder in Deutschland gebraucht werden. Darum muß Herr Schulz freigelassen werden!

**59 Jahre Reparationszahlungen**

Was aus der deutschen Arbeiterschaft herausgepreßt werden soll

Wie aus allen Berichten über die Pariser Reparationskonferenz hervorgeht, vertritt Owen Young die Forderung, daß Deutschland in Uebereinstimmung mit der ältesten Schuldenregelung gegenüber Amerika Zahlungsverpflichtungen auf die Dauer von 59 Jahren übernehme. Dieser Plan Owen Youngs sieht eine deutsche Jahreszahlung von 1,7 Milliarden während der ersten fünf Jahre, hierauf 32 Jahre lang eine solche von 2,1 Milliarden und endlich die letzten 22 Jahre von 1,7 Milliarden vor.

**Vier Arbeiter im Finkenherder Braunkohlenbergbau verschüttet**

III. Berlin, 8. April. Der „Montag“ meldet aus Frankfurt an der Oder: Ein schwerer Unfall ereignete sich am Sonntagvormittag gegen 10.30 Uhr im Braunkohlenbergbau in Finkenherd. Die Bauern Schmid in Lindow war von der Grubenverwaltung beauftragt worden, einen Wasserabflußgraben, einen sogenannten Finkenherd, zu schaffen, der unter einem Bahndamm der Grubebahn hindurchführen sollte. Als der Stollen sich unter der Bahn befand, brachen die Erdmassen plötzlich zusammen und begruben fünf Arbeiter unter sich. Einer der Arbeiter, Reinhold Kramp aus Ober-Lindow, konnte nach einer halben Stunde lebend gerettet werden, während die anderen vier erst am Nachmittag gegen 17 Uhr als Leichen geborgen werden konnten.

**Vom Tage**

Der bei dem Grenzpassagenfall in Baranowicz verhaftete Sowjetangehörige Krasnjewitsch ist am Sonntagmorgen plötzlich verstorben. Einen Tag vorher hatte das Kriegsgericht ein günstiges Urteil über den Gesundheitszustand des K. abgegeben. Es ist nicht ausgeschlossen, daß K. ermordet worden ist!

Die „IR“ meldet, hat Präsident Hoover das amerikanische Kriegsamt angewiesen, „jede notwendige Maßnahme zum Schutze von Leben und Eigentum amerikanischer Bürger an der mexikanischen Grenze zu ergreifen“. Das ist die offene Drohung Hoovers mit einer amerikanischen Intervention in Mexiko.

Filsubski veröffentlicht in der Regierungspresse am Sonntag einen zwei Seiten füllenden Artikel, der von Beschimpfungen des Sejms spricht und großes Aufsehen erregt.

General Tchangkai-schei ist an der Spitze der Nationalarmee in Hankow eingezogen. Ueber die Stadt ist der Belagerungszustand verhängt worden mit der Begründung, daß Plünderungen ausländischen Eigentums verhindert werden müssen.

Wie aus Mexiko berichtet wird, hat der Oberbefehlshaber der Regierungstruppen, General Calles, dem Präsidenten gemeldet, daß sich die Streitkräfte der Merikalen Aufständischen in völliger Auflösung befinden.

Der bulgarische Generalkonzul Boris ist, aus Prag kommend, in Berlin eingetroffen, wo er sich am 8. April vor dem Pratz der Arbeitermörder inhaftierte (siehe unter anderem Namen) aufhielt (siehe Bild!)

**Reichsgericht bestraft Kampf gegen den Krieg!**

Reichsanwalt beantragt Freispruch — Senat verurteilt Genossen Hauschild

Vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts ist am 4. h. M. ein Urteil gefällt worden, das einen beispiellosen Skandal der Klassenjustiz darstellt. Obwohl selbst der deutschnationalen Oberreichsanwalt Werner es abgelehnt hatte, ein Verfahren wegen Vorbereitung zum Hochverrat gegen den verantwortlichen Rebell aus unserer Chemnitzer Bruderblatte „Der Kämpfer“, Genossen Ernst Hauschild, zu eröffnen, haben Lorenz, der Präsident des Strafsenats, sowie die Reichsgerichtsräte Baumgarten und Schwarz den Eröffnungsbeschluss gefaßt. Diese Tatsache ist ein so unumstößlicher Beweis dafür, daß die Reichsgerichtsrichter es auf eine Verurteilung des Genossen Hauschild abgesehen hatten, daß bei Beginn der Verhandlung die Rechtsanwälte Genossen Dr. Buch und Dr. Herzfeld sofort einen Ablehnungsantrag gegen die drei Richter einbrachten, die dem Angeklagten ganz voreingenommen gegenüberstünden. Natürlich lehnte der Senat, in dem die beantragten Richter selbst den Ausschlag geben, die Beantragung ab. Die Verhandlung, in der dem Genossen Hauschild die Veröffentlichung des Aufrufes des Zentralkomitees der KPD, „Gegen einen neuen 4. August“, zum Vorwurf gemacht wurde, erbrachte für die richterlichen Reaktionen ein so niederschmetterndes Ergebnis, daß selbst der öffentliche Ankläger, Reichsanwalt Dr. Jber, Freisprechung beantragte. Ungeachtet dessen brachte der Senat es fertig, den Genossen Hauschild zu einem Jahr drei Monaten Festung sowie 200 Mark Geldstrafe zu verurteilen.

Worum ging es denn in diesem Prozeß? Es ging um jenen Ende Juli und Anfang August des vorigen Jahres in der kommunistischen Presse veröffentlichten Aufruf des Zentralkomitees der kommunistischen Partei Deutschlands „Gegen einen neuen 4. August“,

in dem, anknüpfend an den 4. August 1914, ein Überblick über die historischen Ereignisse der Kriegs- und Nachkriegszeit gegeben wird.

Die Reichsregierung läßt Panzerkreuzer bauen und bewilligt einen Kriegsetat von weit über dreieinhalb Milliarden. Und die Herren des Reichsgerichts, die reaktionärsten der Reaktionen, unterstützen die Auslösung der Hermann Müller, Severing und Groener durch die Verurteilung der Kommunisten, die das arbeitende Volk beschwören, den Kriegstreibern unerbittlichen Widerstand zu leisten. Denn der Fall Hauschild ist ja nur das Vorpiel zu einer ganzen Reihe von Prozessen, die eben denselben Aufruf des ZK der KPD zur Grundlage haben. So ist auch gegen den verantwortlichen Rebell der „Noten Fahne“, Otto Steinide, auf Denunziation des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Borgebel, wegen Veröffentlichung dieses Aufrufs ein Hochverratsverfahren eingeleitet worden.

Trotz des Trommelfeuers der Verbotsanordnungen Orzeszinski, des Belagerungszustandes Borgebels und der Nachurteile nationalistischer Richter erhebt die kommunistische Partei, nicht achtend der Verfolgungen, Kühn und unerschrocken die Fahne des roten Widerstandes gegen die kapitalistischen Kriegstreiber. Wenn die Lorenz und Kampagne sich auf die Funktionäre der KPD, Kürzen, kann mag das für die Arbeiter ein untrügliches Zeichen dafür sein, daß die kommunistische Partei die Partei des Friedens ist, und daß sie sich auf dem richtigen Wege befindet, wenn sie die proletarische Rebellion gegen die Kriegshexer organisiert.

**Breslauer Eisenbahner gegen den Orzeszinski-Erlass**

Breslau, 8. April.

Gestern fand eine Versammlung der Eisenbahner der Gruppe Verkehr-West statt. Die revolutionäre Opposition brachte u. a. eine Entschließung ein, die scharf gegen den Orzeszinski-Erlass protestierte. Die anwesenden Gewerkschaftsbürokraten versuchten mit allen Mitteln, die Entschließung zu Fall zu bringen. Das gelang ihnen nicht. Die Entschließung wurde mit überwältigender Mehrheit angenommen.

Arbeiter in allen Betrieben Schlesiens und Oberschlesiens, folgt dem Beispiel der Breslauer Eisenbahner! Protestiert überall gegen die Erlasse des sozialfaschistischen Polizeiministers!

**Noch keine Anklageerhebung gegen den gräflichen Vatermörder**

III. Breslau, 6. April. Die Ermittlungen nehmen ihren Fortgang. Ihr gegenwärtiger Stand läßt jedoch die Bekanntgabe von Einzelheiten nicht zu. Die Meldungen einiger Blätter, daß die Anklageerhebung schon für die kommende Woche zu erwarten ist, entbehren der Begründung, ebenso die Nachricht über ein Verfahren gegen den Verwalter Gombert wegen Begünstigung.

**Neue rote Erfolge bei den Betriebsrätewahlen**

Bei der Betriebsratswahl auf der Straßenbahn Oberhausen erhielt die freigewerkschaftliche Liste 5 Kandidaten, die christliche Liste, die im vorigen Jahre 3 Mandate erhalten hatte, erhielt in diesem Jahre nur 2. Von den fünf gewählten Kandidaten der freigewerkschaftlichen Liste sind vier Kommunisten.

Bei der Maschinenfabrik Augsburg-Kürnberg ergabte

die Opposition bei der Betriebsrätewahl einen beachtenswerten Erfolg. Die oppositionelle Liste erhielt 1.185 Stimmen, die SPD-Liste 2.249 und die christliche Liste 736. Die Opposition erhält 5 Arbeiterräte und 4 Betriebsräte, die SPD 11 Arbeiterräte und 9 Betriebsräte, die Christen 3 Arbeiterräte und 3 Betriebsräte. Die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie hatte vor der Wahl der Opposition keinen einzigen Sitz überlassen wollen.

Bei der Chemnitzer Straßenbahn hatten die Sozialdemokraten kürzlich einen „großen Sieg“ errungen dadurch, daß der sozialdemokratische Wahlvorstand die oppositionelle Liste einfach nicht zur Wahl zuließ. Jetzt hat aber das Arbeitsgericht Chemnitz entschieden, daß diese sozialdemokratische Methode schlechterdings mit dem Wortlaut des Gesetzes unvereinbar ist und hat die Wahl ungültig erklärt.

**Aus aller Welt**

**Der Elefant im Opfiter-Laden**

III. Reutlingen. In der Stadt Reutlingen kam es zu einer aufregenden Elefantenjagd. Vier Elefanten des hier gastierenden Zirkus Krone erwiderten ihren Wärtern. Der eine von ihnen rampte vom Güterbahnhof aus in das Zentrum der Stadt und stütete dort mehreren Läden in der Wilhelmstraße einen „Besuch“ ab. Zunächst brückte er die Tür eines Lampenladens ein, ging durch den ganzen Laden hindurch und begab sich schließlich ohne größeren Schaden anzurichten, durch eine andere Tür wieder auf die Wilhelmstraße. Der zweite Besuch galt einem Opfitergeschäft, wo zwei Türen eingedrückt wurden und eine große Vitrine mit Brillen und anderen optischen Artikeln in Trümmer ging. Von hier aus führte der Weg des Elefanten in eine Musikalienhandlung, wo große Vermüstungen angerichtet wurden. In einem Herrenartikelgeschäft schlug der Elefant die große Schaufensterscheibe ein. Außerdem stießen ihm ein Motorrad und ein Fahrrad zum Opfer.

22 Tote in Tasmanien. III. London, 8. April. Wie aus Melbourne gemeldet wird, hatten die Ueberschwemmungen in Tasmanien weiter an. Die Zahl der Toten beträgt bisher insgesamt 22.

30 Todesopfer des Tornados in den Vereinigten Staaten. III. London, 7. April. Die Zahl der Tornadopfer im nördlichen Minnesota und in Wisconsin ist nach Meldungen aus Minneapolis auf 16 gestiegen. Der Schaden in diesem Gebiet beträgt etwa eine Million Dollar; unter Hinzurechnung der Tornadopfer in anderen Gebieten sind etwa 30 Personen getötet worden.

25 Häuser durch Feuer zerstört. III. London. Nach Meldungen aus Madrid wurden in dem Dorfe Vilanova de Barca in der Provinz Lerida 25 Häuser durch ein Feuer zerstört. Man glaubt, daß der Brand durch Funken von dem Lagerfeuer einer Zigeunerbande entstanden ist.

Explosion auf einem französischen U-Boot. III. Paris. An Bord des französischen Tauchbootes „Jean Routier“ ereignete sich auf einer Probefahrt eine Explosion, durch die drei Matrosen schwer verletzt wurden.

Koch in Ost- und Mittelfrankreich Winter. Der vor einigen Tagen eingetretene Witterungsumschlag macht sich besonders in Ost- und Mittelfrankreich durch Rückkehr winterlicher Luftverhältnisse bemerkbar. In Bourges fällt seit Donnerstag Schnee. In Charolles fiel das Thermometer auf fünf bis sechs Grad unter Null. Man befürchtet große Schäden für Kulturen und Heben.

Harry Domela verhaftet. III. Berlin. Wie der „Volkswagen“ meldet, ist Harry Domela wegen Kreditwindfäden in Hamburg verhaftet worden.

Der Roman mußte heute infolge Stoffandranges zurückbleiben.



**König Boris**

Der böswärtige Artin aus Blainburg

verantwortlich: Für den politischen Teil: Arthur Dombrowski für „Betrieb und Wirtschaft“ und „Waldenburg“; Wilhelm Biebold für „Breslau“, „Mittel“ und die übrigen Beilagen; Arthur Dombrowski, sämtlich in Breslau. — Für den sozialistischen Teil: Georg Paris in Lindenburg. — Für Justizrat Dr. Breda-Breslau.

# Rote Betriebsräte bei der Eisenbahn!

In einer am 2. April in den Sophienböden in Berlin stattgefundenen öffentlichen Eisenbahner-Versammlung, die von der Opposition einberufen war und sich mit der Lohnbewegung und den Betriebsrätewahlen beschäftigte, wurde ein Reichswahlkomitee zur Durchführung der Betriebsrätewahlen bei der Reichsbahn gebildet. Es erhielt den Auftrag, als Aufruf zu den Wahlen einen Aufruf an die Eisenbahner Deutschlands zu richten. Außerdem wurde in dieser Versammlung eine Entschliessung zur Lohnbewegung angenommen und eine weitere gegen das Demonstrationsverbot des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Jürgel.

Den Aufruf des Reichswahlkomitees bringen wir hiermit zum Abdruck.

## An die deutschen Eisenbahner!

Eisenbahner! Kollegen!

Noch kurze Zeit, und die Betriebsrätewahlen bei der Reichsbahn finden statt. Sie werden in einer Zeit durchgeführt, wo die Klassenfeinde des Proletariats unter dem Schutze ihrer Koalitionsregierung die schamloseste Ausbeutung der Arbeiterklasse mit den raffiniertesten Methoden betreiben. Diese Regierung, in welcher die Sozialdemokratie maßgebenden Einfluß besitzt, fördert durch ihre arbeiterfeindliche Politik auf das eifrigste die Ziele der Kapitalistenklasse. Rücksichtslos belastet sie das Proletariat durch weitere Erhöhung der Zölle und Steuern, betreibt sie den Abbau der Sozialpolitik, bekämpft sie die Bestrebungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten, ihre Existenz zu verbessern, indem sie bei jedem aktiven Auftreten des Proletariats die Machtmittel des bürgerlichen Staates und vor allem die Schlichtungsinstanzen einsetzt. Sie hilft die wenigen Rechte der Betriebsräte zu beseitigen.

### An der Spitze der Ausbeuterclique steht die Reichsbahn-Hauptverwaltung

Die Reichsbahn-Hauptverwaltung hat gemeinsam mit den Vertretern der kapitalistischen Republik den rigorosen Abbau, der heute noch nicht abgeschlossen ist, bewerkstelligt. Mit Unterstützung der Regierung konnte sie ihre Nationalisierungsmassnahmen rücksichtslos verwirklichen, und die Forderungen der Eisenbahner auf Verbesserung ihrer Lage brutal ablehnen. Erst jetzt erklärte die Hauptverwaltung erneut, daß eine Lohnerhöhung nicht in Frage komme, da die Finanzlage der Reichsbahn die denkbar ungünstigste sei. Für Korruptionszwecke und zur Unterstützung reaktionärer Einrichtungen der Bourgeoisie aber gibt sie Millionen aus. Vor allem unterstützt sie in weitgehendem Maße die Kriegserüstungen des neudeutschen Imperialismus.

Für diese Zwecke ist immer Geld in genügendem Maße vorhanden, nicht aber für das Personal der Reichsbahn.

Die Lösung der Reichsbahn-Hauptverwaltung ist:

### Mehr Arbeit — weniger Lohn

Die Eisenbahner sollen nach wie vor einen großen Teil der Dames-Lasten erschlachten, während sie mit ihren Familien dem Hunger ausgeliefert sind.

### Was haben die Gewerkschaftsführer getan, um die Schandpläne der Reichsbahn-Hauptverwaltung zu verhindern?

Gemeinsam haben die Führer des Einheitsverbandes, der GE, und des UGB, jeden Kampf der Eisenbahner gegen ihre Ausbeuter unterbunden, Arm in Arm mit dem jeweiligen Diktator der Reichsbahn ausgebrochene Streiks unter Anwendung brutaler Mittel bekämpft.

Eisenbahner! Kollegen! Denkt an die Abwägung des Eisenbahnerstreiks im Jahre 1922. Denkt an den Verlauf der Bewegungen, die teilweise zur Arbeitsniederlegung führten. Denkt an den Verlauf aller Lohnbewegungen. Immer hat die Gewerkschaftsbürokratie ihre ganze Kraft aufgewendet, um eure Kämpfe im Keime zu ersticken. Das Ergebnis dieser Handlungen ist, daß die Eisenbahner heute bei schärfster Ausbeutung mit die schlechtbezahlteste Gruppe in Deutschland sind.

Anstatt eine aktive Lohnpolitik zu betreiben, redeten die Gewerkschaftsführer vom Wirtschaftsrücken und sagten euch, daß ihr mitarbeiten müßt am Wiederaufbau der kapitalistischen Wirtschaft. Unter der Parole: „Für die Wirtschaftsdemokratie“ ist die Arbeiterklasse von ihren eigentlichen Aufgaben abgelenkt worden. Weil die Gewerkschaftsführer alles getan haben, den Widerstand der Eisenbahner zu brechen, deshalb konnte die Reichsbahn-Hauptverwaltung ihre Unterdrückungspolitik ungehindert durchsetzen.

### Selbst die Betriebsräte wurden von der Bürokratie in den Dienst der Politik der Reichsbahn-Hauptverwaltung gestellt

Unter Leitung der Gewerkschaftsführer wurden sie zu Organen, die sich in ihrer Mehrheit der Verwaltung gefügig zeigten, die Interessen der Eisenbahner aber nicht wahrgenommen haben. Deshalb hinweg mit solchen Betriebsräten, die durch ihre Tätigkeit bewiesen haben, daß sie sich in ihren Handlungen davon bestimmen ließen, Beauftragte der Hauptverwaltung und nicht solche der Belegschaft zu sein, von der sie gewählt wurden.

### Was ist die Folge einer solchen Politik?

Immer frecher wurden die Hauptverwaltung und ihre Vertreter, die in den Direktionsbezirken das Zepher schwingen. Als Feinde der Arbeiterklasse, die offenen und verkappten, unterführten Dorpmüllers arbeiterfeindliche Tätigkeit. Die Lage der Eisenbahner wurde von Jahr zu Jahr schlechter.

Jetzt kommen die Künftler der bürgerlich-kapitalistischen Republik, die reformistischen, die christlichen, die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaftsführer und werben um eure Stimme zu den Betriebsrätewahlen. Die Eisenbahner, die man durch Teuerung und Steuerdruck zermürbt, sollen mit allen Klünsten der Ueberredung dazu gebracht werden, bei den Betriebsrätewahlen erneut die von der Bürokratie aufgestellten Kandidaten zu wählen.

### Was ist demgegenüber die Aufgabe der Eisenbahner?

Sie müssen jene, durch deren Arbeit die Kapitalistenklasse gestärkt wurde, mit aller Entschiedenheit bekämpfen und den Weg, den die Opposition aufzeigt, beschreiten. Der Wille zum Kampf, den die Eisenbahner so oft zum Ausdruck gebracht haben, muß bei den Betriebsrätewahlen in verstärktem Maße in Erscheinung treten. Wohin der Weg führt, wenn sich die Eisenbahner nicht auf ihre eigene Kraft besinnen, das zeigt am klarsten die gegenwärtige Lohnbewegung.

Eisenbahner! Kollegen! Die Opposition hält es angelehnt der ersten Lage, in der sich das Proletariat befindet, für ihre Pflicht, bei den Betriebsrätewahlen mit eigenen Kräfte aufzutreten. Das Verhalten der Bürokratie, die Stellung der

## Mordsystem Dorpmüller!

Im Jahre 1928 waren im Reichsbahnbetrieb durchschnittlich 398 555 Personen gegen Unfall nach der Reichsversicherungsordnung versichert.

51 051 Unfälle kamen in diesem Jahre zur Anmeldung.

Das heißt, daß fast jeder achte Mann, der bei der Reichsbahn beschäftigt ist und gegen Unfall versichert war, einen Unfall erlitt. Von den 51 051 Unfällen hatten 3057 eine schwere Verletzung zur Folge. Hier von:

287 Tote,  
91 mit völliger Erwerbsunfähigkeit,  
3279 mit teilweiser Erwerbsunfähigkeit.

Nach einer Aufstellung der „Deutschen Krankenkasse“ betrug der Krankenstand bei der Reichsbahn im Verhältnis zu den Ortskrankenkassen:

| Im Jahre | In den Reichsbahnbetriebskrankenkassen | In den Ortskrankenkassen | Verhältnismäßig in den Reichsbahnbetriebskrankenkassen |
|----------|--|--------------------------|--|
| 1925     | 5,41                                   | 3,84                     | 41 %   |
| 1926     | 4,97                                   | 3,21                     | 54 %   |
| 1927     | 5,01                                   | 3,55                     | 41 %   |

Eisenbahner, wer von euch einen entschiedenen Kampf gegen diese Folgen der unerhörten Ausbeutungsmethoden der Reichsbahn-Hauptverwaltung führen will, muß

### rote Betriebsräte wählen!

Reichsbahn-Direktion, die Tätigkeit der Koalitionsregierung, alles wendet sich gegen euch. Ihr müßt deshalb das Vorgehen der revolutionären Opposition bei den Betriebsrätewahlen auf das tatkräftigste unterstützen. Ihr müßt euch wehren gegen Ausbeutung und Verflavung und euer Schicksal selbst bestimmen.

## Eisenbahner, nutzt Eure Macht aus!

Während die bürgerliche Presse zur Unterstützung der Reichsbahn-Hauptverwaltung alles aufbietet, gibt sich das Zentralorgan der Sozialdemokratie die erdenklichste Mühe, dem Generaldirektor der Reichsbahn eine Brücke zu bauen. Die Methode, die der „Vorwärts“ hierbei anwendet, zeigt, mit welcher Frivolität die Reformisten mit den Interessen der Eisenbahner umspringen. Nicht genug, daß die Gewerkschaftsbürokratie die Forderungen der Eisenbahner von 50 Pfennig pro Stunde überhaupt nicht berücksichtigt hat und nur eine solche von 6 Pfennig aufstellte, nein, jetzt ist man schon bereit, selbst diese minimale Forderung fallen zu lassen. Der „Vorwärts“ vom 5. April schreibt:

Die Eisenbahner können viel verlangen, sie können wenig verlangen, das ist für die Leitung der Reichsbahngesellschaft ganz egal: sie will gar nichts geben. 24 Millionen decken ungefähr eine Lohnaufbesserung von 2½ Pfennigen. 6 Pfennige werden gefordert. Kommt die Reichsbahn-Hauptverwaltung wirklich kein Gegenangebot von 3 Pfennig machen? Kann sie diese 3 Pfennige wirklich nicht tragen?

Am Tage zuvor war in der gleichen Zeitung im Sperrdruck zu lesen, daß Tausende von tüchtigen und erfahrenen Arbeitern bei der Reichsbahn nur ein Nettoeinkommen von 22 — wörtlich: zweiundzwanzig! — Mark die Woche verdienen. Angenommen, die Reichsbahn-Hauptverwaltung würde den vom „Vorwärts“ gemachten Vorschlag berücksichtigen und 3 Pfennig Zulage bewilligen, dann erhalten die Tausende von tüchtigen und erfahrenen Arbeitern bei 51 stündiger Wochenarbeitszeit eine Zulage von sage und schreibe 1,53 Mark, insgesamt also einen Nettolohn von 23,50 Mark. Sind dann die Hungerlöhne der Eisenbahner beseitigt? Nun wissen die Eisenbahner, was ihnen bevorsteht. Diese erbärmliche Bettel, diese glatte Unterwer-

Die Betriebsrätewahlen sind von großer politischer Bedeutung. Die drohende Kriegsgefahr, die politische Rechtslenkung, die wirtschaftliche Unterdrückung der Arbeiterklasse müssen auch die Zusammensetzung des gesamten Personals der Reichsbahn herbeiführen. Die revolutionäre Opposition betrachtet es als ihre wichtigste Aufgabe, als Betriebsräte nicht die Beauftragten der Bürokratie und der Unternehmer zu sein, sondern die Vertreter der Gesamtarbeiterklasse, deren Wille für ihre Handlungen bestimmend ist. Sie tritt infolgedessen bei den Betriebsrätewahlen mit einem proletarischen Kampfprogramm auf, das von jedem, der auf einer oppositionellen Linie kandidiert, anerkannt werden muß. Die Forderungen, die dieses

### Kampfprogramm

1. Für die Wiederherstellung und Sicherung der Arbeiterdemokratie in den Betrieben und Gewerkschaften, für die Einheit der Arbeiterklasse auf der Klassenkampfbasis, gegen Wirtschaftsrücken und gegen den Schwindel von der Wirtschaftsdemokratie.
2. Für die Organisierung eines entschlossenen Kampfes für die Erhöhung der Gehälter und Löhne des Eisenbahnerpersonals, für Lohnausgleich und gleichen Lohn für gleiche Leistung, für die Vereinfachung des komplizierten Lohnsystems, für die Sicherung des achtstündigen Tagelohnarbeitstages, und Beseitigung der Dienstreisevorschriften, für weitere Verkürzung der Arbeitszeit auf sieben Stunden, für größeren Schutz des Personals.
3. Gegen Koalitionspolitik, gegen das Schlichtungssystem, für Streikfreiheit, gegen Unternehmertum und Betriebsfalschismus.
4. Für die Stärkung der revolutionären Gewerkschaftsopposition, gegen die Spaltung- und Ausschlußpolitik der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie, für die Wiederaufnahme der ungeschlossenen, für einheitliche Klassengewerkschaften auf der Grundlage der Industriebetriebe, für die Entwicklung der Betriebsräte zu revolutionären Kampforganen der Arbeiterklasse.

Entsprechend diesen Forderungen wird die revolutionäre Opposition ihre Arbeit als Betriebsräte leisten. Sie wird, wie das bisher schon immer geschehen ist, den rücksichtslosen Kampf gegen das System Dorpmüller und all jene, die es direkt oder indirekt verteidigen, führen.

### Eisenbahner! Kollegen!

An euch liegt es nun, die Vorbedingungen für einen Sieg der revolutionären Opposition zu schaffen. Arbeitet in allen Betrieben für die Aufstellung revolutionärer Betriebsratslisten, seid euch dessen bewußt, daß nur im härtesten Klassenkampf die Macht der Bourgeoisie gebrochen werden kann. In diesem Kampf müssen die Betriebsräte an der Spitze der Eisenbahner stehen. Deshalb ist es eure Pflicht, rote Betriebsräte zu wählen. Stimmt am Tage der Wahl für die Liste

### „Revolutionäre Opposition“ (Einheitsliste der Eisenbahner).

Der Wahlausschuß zur Durchführung der Betriebsrätewahlen bei der Reichsbahn.

fang muß den heftigsten Widerstand jedes Klassenbewußten Arbeiters hervorufen.

Lange, ja zu lange haben die Eisenbahnproleten diesem Spiel, das sich bei jeder Lohnbewegung wiederholt, zugehört. Die Eisenbahntarife sind erhöht worden, die Einnahmen der Reichsbahn steigen, dem Personal aber wird der „Danke“ für seine Opferwilligkeit von den „höchsten“ Stellen ausgesprochen. Die Eisenbahner sollen weiterhungern mit ihren Familien.

Das die Gewerkschaftsbürokratie gar nicht daran denkt, den Kampf um die von ihr aufgestellten Forderungen zu führen, beweisen folgende Zeilen des „Vorwärts“, die an den sozialdemokratischen Reichsarbeitsminister gerichtet sind.

„Wenn das öffentliche Interesse ein Eingreifen erheischt, dann wird sich wohl das Reichsarbeitsministerium von selbst rühren.“

Herr Willert soll also schlachten, d. h. er soll den Gewerkschaftsführern aus dieser Situation heraus helfen. Deutlicher konnten die Bemühungen der Bürokratie zur Abwägung der Lohnbewegung nicht wiedergegeben werden. Diese, für die Arbeiter so verhängnisvolle Politik muß von den Eisenbahnern mit der Arbeitsniederlegung beantwortet werden. Die Drohung der Reichsbahn-Hauptverwaltung, daß sie ihren Betrieb mit der „Personalthilfe“ aufrechterhalten will, darf keinen Eisenbahner schrecken. Auf die Brutalkäten Dorpmüllers gibt es nur die eine Antwort — der Streik. Eisenbahner, nutzt eure Macht aus, laßt euch nicht weiter verströhen, zeigt, daß ihr nicht gewillt seid, den Hungerriemen noch enger zu schnallen, während jene, die euch ausbeuten, ein Schlemmerleben führen. Laßt keine Verschleppung eurer Forderungen zu, bildet überall Kampfleitungen, führt den Kampf gegen den Willen der Bürokratie.

Sportler belegen zum RFB-Reichstreffen

Die Fußballabteilung des Arbeiter-Turn- und Sportvereins...

Auf nach Nürnberg!

Aus Anlaß des für uns Arbeiter-sportler so bedeutungsvollen...

Achtung! Briefmarken- und Postwertzeichen-Sammler!

Sammler aller Länder, vereint euch! Dieses ist das Rufwort...

Fußballpartie. Verhandlungsausschuß. Ladungen für den 15. April...

Handball. Montag, den 8. April, 20 Uhr findet bei Hantke...

Athletik. Arbeiter-Athleten-Bund, 1. Bezirk. Dienstag, den 9. April...

Freie Sportvereinigung 1897. Dienstag, den 23. April, 19 Uhr...

Arbeiter-Rad- und Kraftfahrerverein „Breslau“. Berichtung...

A. R. B. „Breslau“. Mittwoch, den 10. April, 20 Uhr, Sport...

Fußball-Serien Spiele am 14. April:

- 16,30: FSB. I - Freiheit I, Bebelpark; Ploze.
14,30: FSB. II - Freiheit II, Bebelpark; Wornbit.
16,30: Vertha I - VSM. I, Gräbchen; Schlott W.

III. und IV. Mannschaften:

- 10,00: Fr. Sportfr. III - Sturm III, Zantholz; Kaiser M.
10,00: Sparta III - Einigkeit III, Schlachthof; Grünher.
10,00: West III - Südost III, Eichenpark; Danke.

Nicht nachlassen!

Trotz der „Dornen“ und einer allerdings geringen Abnahme...

- 600: Sagan, Neustadt;
380: Görlitz;
375: Oppeln;
300: Ratibor, Hindenburg;

Genossen, sorgt dafür, daß auch der letzte Erwerbslose in...

Insbepondere bemüht euch, die zur Arbeit vermittelten...

9,00: VfL. III - Stern III, Klein-Gandau; Jodel E.
9,00: Sil. Riders III - Sil. Riders IV, Etadion; Sommerlort.

Jugendmannschaften:

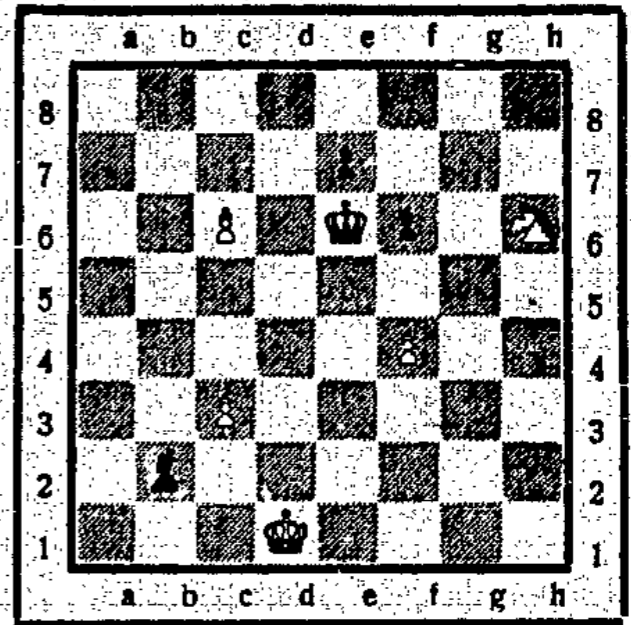
- 18,30: VfL. 1. Jgd. - BSC. 1928 1. Jgd., Kl.-Gandau; Pohl M.
10,20: Sil. Rid. 1. Jgd. - Trebnitz 1. Jgd., Etadion; Peilmann.
10,00: 1924 1. Jgd. - FSB. 1. Jgd., Gräbchen; Halter.

Schach

Bearbeitet vom Arbeiter-Schachverein Breslau. Zuschriften sind zu...

Endspiel Nr. 3.

S. S. Leumann, Moskau. (Original.)



Weiß gewinnt.

Das Schlesische Schachturnier hatte einen günstigen Verlauf. Viele...

Am Nachmittag fand eine Festvorstellung mit anschließendem...

Bade dich gesund im Breslauer Hallenschwimmbad

Am 6. d. M. starb an der Proletarierkrankheit unser Genosse und Kamerad Adolf Mierzwa...

Schauspielhaus Operettenbühne Tel. 36300 Täglich 20 Uhr Gastspiel KLARA KARRY „Tetzchen Gebert“

Oskar Baum Breslau, Sternstrasse Nr. 77 Ecke Hedwigstrasse Wäsche, Schürzen u. Kleider

Umtliche Bekanntmachungen von Dittersbach Betrifft Berufsschulpflicht.

Vereinigte Theater Lobe-Theater Thalla-Theater

Neuerscheinungen! Max Hoelz Vom weißen Kreuz zur roten Fahne 392 Seit. Karton. 2.80 M. Gebd. 4.80 M.

Dittersbach, den 4. April 1929. Der Gemeindevorsteher. Roßler.

Stadttheater Breslau (Opernhaus) Montag 20 Uhr Abonnements-Vorstellung Serie D 16

Massen-Boschüren! Dr. med. Martha Ruben-Wolf Abtreibung oder Verhütung? Preis 10 Pfennig

Dittersbach, den 4. April 1929. Der Gemeindevorsteher. Roßler.

# Breslau

## Genosse Adolf Bierawa

Wieder ist ein weiterer Mitarbeiter zu früh von uns gegangen. Am 6. April starb im Bengel-Gandek-Krankenhaus Genosse Adolf Bierawa im Alter von 26 Jahren an den Folgen der Proletarierkrankheit. Von Beruf Glasarbeiter, hat er alle Leiden des ausgebeuteten Proletariats kennengelernt und sich früh in die Arme der Kämpfenden, revolutionären Arbeiterklasse eingereiht. Seit sechs Jahren gehörte er der Kommunistischen Partei an, dem Roten Frontkämpferbund trat er sofort nach dessen Gründung bei, auch war er Mitglied der Roten Hilfe und hat in diesen Organisationen als Funktionär gewirkt, solange es seine Kräfte erlaubten. Der Bezirk ist verliert einen wackeren Kampfgenossen. Alle Parteigenossen und Kameraden, die es zeitlich ermbilgen können, erwiesen dem Dahingegangenen die letzten proletarischen Ehren bei der Beerdigung, die am Dienstag, 17 Uhr, im Krematorium stattfand.

## Die Breslauer Anleihe gescheitert

Das städtische Presseamt teilt mit: Die Verhandlungen des Breslauer Magistrats mit dem Bankensortiment über die Aufnahme einer achtprozentigen Breslauer Stadtanleihe in Höhe von 14,7 Millionen Mark sind ergebnislos verlaufen, weil die Banken auf eine vom Finanzministerium nicht zugelassene Bedingung nicht verzichteten wollten.

## Mit der Axt erschlagen

Der Former Richard Raabe, 53 Jahre alt, Neuweltgasse 44 wohnhaft, kam am Nachmittag des 30. März mit blutigem Kopf in die Wohnung seiner Mutter und erzählte ihr, er hätte soeben bei einer Schlägerei zwei Messerstücke erhalten. Er ging auch gleich nach dem Kaiserlich-Hospital, von wo er mit bedeutendem Kopf zurückkehrte. Am nächsten Tage fand ihn die Mutter bewußtlos im Bett liegen. Man brachte Raabe schleunigst ins Hospital, wo er nach kurzer Zeit verstarb. Die sofort ausgenommenen Ermittlungen ergaben, daß Raabe am 30. März stark angetrunken in die Wohnung einer Frau auf der Junkerstraße kam, wo er sich zu der Wohnungsinhaberin ans Bett setzte. Der bei der Frau in Schlafstille wohnende Schürmacher R., der gleichfalls angetrunken gewesen sein will, forderte den R. mehrmals auf, die Wohnung zu verlassen. Daraus soll sich ein Wortwechsel entsponnen haben, in dessen Verlauf R. dann auf den R. losgegangen sein soll. Dieser ergriff eine Axt und schlug dem R. damit über den Kopf. Der Verletzte wurde von R. verbunden und begab sich dann, wie schon oben geschäbert, in seine Wohnung. — Der Täter wurde zunächst auf freiem Fuß belassen.

## Das Blumenbrett als Kanzel

In den Mittagsstunden des Freitags mußte die Feuerwehrt nach Messergasse 42 ausrücken, wo in einem Anfall von religiösem Wahnsinn der 33-jährige Kolporteur D. an einem Fenster des 4. Stockwerkes des Hinterhauses auf dem Blumenbrett saß und Gebete auflegte. Zwei Feuerwehrlente wollten vom Zimmer aus versuchen, den Gefährdeten zu beugen. Als er sie aber bemerkte, machte er eine jähe Wendung, so daß das Blumenbrett nachgab und D. in die Kiese stürzte. Dieser Fall war aber schon vorgeesehen, und die Feuerwehr hielt im Hofe ein Sprungnetz ausgebreitet, in welches D. nach einigen Blumentöpfen hinfiel. D. wurde nicht verletzt; als er aus dem Tuch stieg, murmelte er schon wieder seine Gebete. Man brachte den Kranken nach dem Hospital.

## Hungerlöhne für Notstandsarbeiter

Ein Arbeiter schreibt uns: Die Firma Max Müller, Steinwegstraße 29, hat vom Magistrat Breslau die Arbeit im Stadion (Nordeingang) übernommen und bekommt Notstandsarbeiter überwiesen. Man sollte meinen, daß diese Notstandsarbeiter, die dort regelrechte Schichtarbeit verrichten müssen, nun auch nach dem Tarif der Tiefbauarbeiter entlohnt werden. Aber wer das denkt, der irrt sich gewaltig. Herr Max Müller zahlt für die Notstandsarbeiter, die mit Schaufel und Spaten bei ihm arbeiten, nicht den Tarif für Arbeiter (pro Stunde 89 Pfennig), sondern den Steinlöhntarif (pro Stunde 80 Pfennig). Mit Recht protestieren die Notstandsarbeiter bei dieser Firma und weisen auf die Notstandsarbeiter in den städtischen Betrieben, wie Gartenbau und Markthalverwaltung hin, die einen Stundenlohn von 83 Pfennig haben. Warum bekommen die Notstandsarbeiter der Firma Müller u. Co. (Dlbar), die doch dieselben Arbeiten verrichten, einen Stundenlohn von 89 Pfennig? Herr Müller braucht anscheinend die neun Pfennig, um sein schönes Auto zu bezahlen. Aber Herr Müller kann ja niedrige Löhne zahlen, denn seine Notstandsarbeiter sind nicht organisiert und seine Stammarbeiter holt er sich aus der Umgegend von Breslau. Notstandsarbeiter, tretet ein in die Gewerkschaften und kämpft dort mit der Opposition für bessere Entlohnung!

## Zugödie eines Stellunglosen

Am Sonnabendabend hat der 44-jährige Stellunglose Kaufmann A. D. von der Bräderstraße versucht, sich das Leben zu nehmen. Er durchsagte die Gasleitung, damit das Gas ungehindert ausströmen konnte. D. wurde bewegungslos aufgefunden und ins Krankenhaus geschafft. Der Grund zur Tat ist in wirtschaftlichen Sorgen zu suchen.

Gefunden: 1 schwarze Allentafel mit Frühstücksbrot, 1 Herrenfahrrad (ohne Markenschild), 1 Rinoelmläufer, ca. 8 Meter lang, 1 Geldtasche mit 1,22 Mark, 1 vierrädriger Handwagen (grüne Rastenbretter ohne Namensschild), 1 Damenhandtasche, Inhalt zwei Bund Schlüssel, 1 leeres Portemonnaie, 1 Weisheit; 1 Herrenfahrrad Marke Spezial, mit Gepäckträger und Kuckack; 1 Portemonnaie mit 6,16 Mark; 1 Nadelbrille mit braunem Lederfutteral; 1 Allentafel mit 2 Wichern; 1 Pappschiff; 1 schwarze Allentafel mit Noten und Reklamemilbern für Ballett Gohnhoff; 1 goldener Trauring, gezeichnet G. v. D. 26. 9. 26; 1 Bund (5) Schlüssel; 1 Brillantring; 1 Lederhülle mit Bleisiegel (Schraubenschlüssel); 1 Portemonnaie mit 1,15 Mark und einer Wertmarke G. 221; 1 Zehnmarkschein, fünfzig Mark Geschäft von Stiebler, Alsenstraße 83/85 1 Bund (6) Schlüssel; 1 goldene Brillantröhre; 1 schwarzes Portemonnaie mit 7,06 Mark; 1 neue Tischdecke; 1 Herrenrad (Diamant); 1 Augenglas (Kneifer); 2 Schirme; 1 Schlüsselkarte mit 4 Schlüsseln. Vom Oberstaatsanwalt Breslau wurden als Fundstücke überwiesen: 1 Herrenfahrrad (Soll Nr. 565 656) und 1 Herrenfahrrad (ohne Marke, Nr. 366 513).

Zugelaufen: 1 Rospintischer bei Böhm, Bischofswalde, Frauholle-Weg 10; 1 brauner Dackel bei Paule, Reddigstraße 26; 2 Schäferhunde und 1 Bastardhund bei Fischer, Köpplischstraße 89.

Strafenspernung. Wegen Verbreitung des Fahrdammes wird die Feldstraße zwischen Klosterstraße und Am Ohlau Ufer vom 8. April bis 4. Mai 1929 für Fuhrwerke aller Art halbseitig gesperrt. Die Umleitung des Nord-Süd-Verkehrs erfolgt über Ohlauer Stadtgraben.

In der Woche vom 24. bis 30. März 1929 wurden 20 Personen in das Vollzeigefängnis eingeliefert, darunter wegen Einbruchdiebstahls 1, einfaches Diebstahls (darunter wegen Fahrrad, Taschen und Radenschlüssel) 4, Betruges 4, Sachbeschädigung 1, Arbeits-

# Zwei neue Justizstandale in Breslau

## Politischer proletarischer Gefangener nicht amnestiert und in die Irrenabteilung gesteckt — Der Leiter des Breslauer Jugendgefängnisses strafweise nach Wohlaw verlegt

Die „Freie Meinung“ berichtet über zwei Breslauer Gefängnisstandale, die die große Klassenjustiz, Strafvollzug und Personalpolitik in der kapitalistischen Republik beleuchten. Im ersten Falle schildert Karl Blättner den Fall des revolutionären Arbeiters Robert Schlicht, der am 24. März 1928, wegen schweren Raubes angeklagt, freigesprochen wurde und nach Berufung des Staatsanwaltes zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Schlicht hat jede Beteiligung an der Tat abgestritten und leugnet sie auch heute. Karl Blättner berichtet über den Fall folgende Einzelheiten:

Nach dem Zusammenbruch des passiven Widerstandes im Herbst 1923 wurden bekanntlich die Bergarbeiter ausgeperrt. Die Betriebe wurden erst wieder im Februar 1924 geöffnet, viele Tausende von Bergarbeitern blieben aber trotzdem außerhalb der Betriebe: die sogenannte „Nationalisierung“ vollzog sich. Auf dieser Grundlage entstand im April 1924 unter den Bergarbeitern eine Kampfstimmung, die in folgende Forderungen umschlug: Einräufung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß, Einführung der Siebenstundenschicht, Erhöhung der Löhne usw. Da die Forderungen von der Unternehmensleitung nicht erfüllt wurden, bereitete sich die große Bergarbeiterbewegung im Frühjahr 1924 im Ruhrgebiet vor. In den Versammlungen wurde dann beschlossen, zur erleichterten Durchführung der Bewegung große Speleaktionen zu organisieren, da die Verbände fast leer waren. Die Naturalien sollten bei den kleinen Geschäftsläden gesammelt werden. Schlicht stand diesen Plänen festlich gegenüber und überlegte, ob es nicht andere Mittel gäbe, die schneller und vor allen Dingen positiver Ziele führten. In diesem Augenblick der Zwischenfälle kreuzten drei Emigranten den Weg Schlichts. Sie gaben an, mich (Blättner) zu kennen und mit mir schon zusammen gearbeitet zu haben; sie seien Mitglieder der Plättner-Gruppe und würden infolge ihrer Handlungen politisch verfolgt. In diesem Kreis entstand nun der Plan, den Geldtransportwagen der Besse Graf Schwerin zu überfallen und das Geld zu beschlagnehmen, damit es in der Streikbewegung Verwendung finden konnte.

Den Behörden ist dieser Sachverhalt bekannt. Trotzdem wird Schlicht nicht amnestiert, sondern auf die Irrenabteilung gesteckt, nachdem man ihn jahrelang in Ludau, wo ich mit ihm zusammen war, drangaliert, entwertet und einseitig hat. Will der preußische Justizminister in diesem konkreten Falle das Amnestiegesetz vom Juli 1928 nicht anwenden, dann hat er die Pflicht, dem Passus in dem genannten Amnestiegesetz Sinn und Inhalt zu geben, nach dem Handlungen, die im Verfolg des passiven Widerstandes begangen sind, einer wohlwollenden und weitgehenden Gnadenpraxis unterworfen werden sollen. Dem preußischen Justizminister ist sehr wohl bekannt, daß Schlicht zum mindesten mit dem Magistrat zu messen ist, den man angewendet hat bei zahlreichen Angehörigen der sogenannten Plättner-Banden, die nach dem Amnestiegesetz vom Juli 1928 in Freiheit gesetzt wurden.

So weit die Schilderung Blättners. Der revolutionäre Arbeiter Schlicht wird also trotz Amnestie in der Irrenabteilung Meßschau „fertiggemacht“. Wir protestieren gegen diese Gefängnisbarbarei und fordern die gesamte Arbeiterschaft auf, für die sofortige Freilassung des eingekerkerten Proletariats zu kämpfen.

Das genannte Blatt berichtet ferner, daß der Strafanstalts-oberlehrer Fritz Kleist, der das Breslauer Jugendgefängnis bisher leitete, plötzlich nach Wohlaw verlegt wurde. Kleist wurde, wie die „F. M.“ mitteilt, „mit Beginn des neuen Quartals mitten aus seiner Arbeit herausgenommen und in einer Form nach Wohlaw in die dortige Strafanstalt verlegt, die einer schweren Demütigung nachfolgte. In der Strafanstalt Wohlaw wird eine sogenannte Gefangenenzeitung hergestellt.“

ab. Breslau, 8. April. „Der Leuchtturm.“ Der in den vierziger Jahren stehende Kleist soll an dieser Zeitung die Geschäfte des Schriftleiters — erlernen.“

Herr Kleist ist auch uns kein Unbekannter. Er huldigt der „Muffen“, daß in der kapitalistischen Republik das gesamte Erziehungs-„reformiert“ und auch das Gefängnis in eine Erziehungsanstalt verwandelt werden kann. Kleist ist Mitglied verschiedener republikanischer und pazifistischer Verbände, ist ein bürgerlich-radikaler Linksrepublikaner. Er hat sich freilich nicht begnügt, in Wort und Schrift für seine reformatorischen Ideen einzutreten, sondern ging in der Praxis dazu über, seinen Ideen Geltung zu verschaffen. Besonders berangt wurde es ihm, daß er Sturm lief gegen die Verhängung von Gefängnisstrafen bei Fortbildungsschülern, die den Unterricht verstanden hätten. Von Inassen des Jugendgefängnisses ist uns wiederholt bestätigt worden, daß Kleist, trotz des Widerstandes von alten vernünftigen, dem Vergeltungsprinzip huldigenden Beamten, eine Reihe wesentlicher Erleichterungen für die jugendlichen Gefangenen durchgesetzt hat. Er verstand es, ein Vertrauensverhältnis zwischen ihnen und sich herzustellen. Er füllte ihre Abende und ihre Sonntage mit Veranstaltung von proletarischen Dichterabenden, Vorträgen, Konzerten aus und brachte ein wenig Licht in die Gefängnisläufige. Einen solchen Mann konnten die Humänner im Strafvollzugsamt nicht vertragen. Auf das Einwirken der Zentrumskreise ist u. G. zweifellos zurückzuführen, daß Kleist nach Wohlaw strafverlegt wurde. Daß die Zentrumskreise maßgebenden Einfluß auf den Strafvollzug im Bereiche des Strafvollzugsamts Schleisien haben, ist allgemein bekannt. Der Strafvollzugspräsident, Geheimrat Humann, ist ein eifriger Anhänger des Zentrums; der Gefängnisarzt Dr. Solski, der in der Schlesischen Gefängnisgesellschaft eine große Rolle spielt, ist prominenter Mitglied des Zentrums und setzte sich vor einigen Tagen in Gemeinschaft mit anderen führenden Zentrumsleuten Breslaus offensichtlich für die Beibehaltung der Todesstrafe ein. Den Dunkelmännern war natürlich Herr Kleist ein Greuel, deshalb Maßregelung. Denn wofür haben wir schließlich eine zentriertlich-sozialdemokratische Koalitionsregierung in Preußen? Der Fall Kleist ist ein Musterbeispiel für die Personalpolitik unter Herrschaft des Konfordats-Braun. Er zeigt aber mehr: die Illusion reformatorischer Fiktionerei an den Gebrechen des kapitalistischen Staates. Läßt die kapitalistische Gesellschaft den Armen und Vermissten, „den Opfern“ dieser gottgewollten Ordnung, die Wahl: „Stehle oder krepriere“, so ist die Devise des Strafvollzugs: „Nische, hude dich, heuchle — oder gehe zugrunde.“

Dieses Strafvollzugssystem kann nicht erziehen, kann nicht „bessern“, weil es auf Erniedrigung aufgebaut ist. Erziehung aber bedeutet Erziehung. Die Wenigen, die, wie Kleist, gegen das System anrennen, müssen Schiffbruch erleiden. Sie müssen kapitulieren oder fallen der intrigantischen Personalpolitik zum Opfer. Der ehrliche Wille des Herrn Kleist in Ehren! Doch auf einem Misthaufen wächst kein Holunderstrauch. Dieser Staat kann nicht „unser“ sein, kann nicht „reformiert“ oder „crobert“ werden. Sein Staatsapparat muß zerfallen und durch den proletarischen ersetzt werden. Erst auf dem Trümmerhaufen dieser Gesellschaftsordnung kann eine neue entstehen, die an Stelle der barbarischen und erniedrigenden Strafe die soziale Maßnahme setzt.

## Arbeiter vom Ohlauer Tor!

Am Montag, dem 8. April, 20 Uhr, findet im Lokal A. Raubold, Königgräber Straße 10, ein öffentlicher Kameradschaftsabend mit Lichtbildervortrag statt. Folge: 1. „Die Pariser Kommune“; 2. „Lenins Leben und Wirken“. Eintritt frei! Erscheint zahlreich! AFD, 1. Abteilung.

„Ehen“ 1, Groben Anzugs 6, Schuhhaft 2, Zuwiderhandlungen gegen die Paß- und Meldebordschristen 5.

Vermisst wird seit dem 20. März 1929 die Packerin Johanna Bierchin, geboren am 13. 8. 1909 in Breslau, hier, Michaelisstraße 43, bei den Eltern wohnhaft gemeldet.

Die städtische Volksberatungsstelle, Karlsstraße 11, Schloßhöhe 18, I, ist im Monat März 1929 von 2362 Personen, und zwar 1324 Männern und 1038 Frauen, besucht worden. — Die kostenlosen Beratungen erfolgen werktäglich in der Zeit von 8—14 Uhr.

Erhängt aufgefunden wurde in seiner Wohnung der Sedanstraße Nr. 5 wohnhafte Bauarbeiter Gustav F. — Vermisst wird seit dem 30. März der Kaufmann Fritz Gräner, Bärenstraße 13. Da er sich mit Selbstmordgedanken trug, dürfte er seinem Leben ein Ende gemacht haben.

Liebtich-Theater. Das April-Programm ist gut. Man hört einen Sänger, an dessen umfangreicher Stimme allerdings „der Zahn der Zeit“ etwas genagt hat; eine junge Dame turnt famos und waghalsig am Trapez; ein Komiker aus der Vorkriegszeit mit ebenbürtigen, aber gut pointierten Witzern animiert das Publikum; fabelhaft dressierte Hunde, Fänger, Springer, Akrobaten und Kunstschaffner sind da; alles ausgezeichnete Kräfte, deren Arbeit reichen Beifall findet. Gutes Variété, wie man es oft, aber auch wieder selten sieht. Diesmal kommt aber auch noch ein Akt hinzu, der wohl nur einmalig sein dürfte: Raffelli! Dieser kleine Italiener jongliert mit runden Holzstäben, Tellern und Gummibällen, also ganz primitiven Gegenständen; aber was er alles in den 30 Minuten in ununterbrochener Folge damit treibt, das läßt sich nicht in einigen Sätzen schildern. Hier steht man vor einem menschlichen Rätsel, das man nur bestaunen kann. B.

Deutsch-Lissa. Am Freitag gegen 17 Uhr wurde das sechs-jährige Kind der Familie Krause von einem Auto umgefahren, so daß es schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

## Achtung! Kommunistische Gemeindevertreter! Rat und Ausruf

In allen kommunalpolitischen Angelegenheiten erteilt die kommunalpolitische Abteilung der AFD, Bezirksleitung Schlesien, Zutritt an Stadtrat Hermann Ammon, Breslau 3, Berliner Platz 3.

## Mittelschlesien

### Brieg

**Achtung!**  
Am Freitag, dem 12. April, 20 Uhr im „Weinberg“  
**Öffentliche Versammlung**  
Referent: Gausführer Scholz. Arbeiter und Arbeiterinnen, erscheint in Massen! AFD. AFD.

### Ohlau

10 Jahre AFD.  
Am 31. März d. J. feierte die Ortsgruppe ihr zehnjähriges Bestehen. Zur Einleitung spielte die Kapelle des AFD. Hieran begannen die „Trommler“ mit ihrer politischen Revue: „10 Jahre AFD.“ Sie führten die Zeit von 1919 vor, die Volksbeauftragten, den brutalen Raub, die Illegalität der Partei, den Kapp-Putsch usw., alle wichtigen Ereignisse bis zur Gegenwart. Der erste Teil schloß mit der Aufforderung, sich einzureihen in die revolutionäre Partei. Nach einer Pause kam der patriotische Teil, der von den Zuhörern mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde. Die Vorträge der „Trommler“ werden uns bis zu ihrer Wiederkehr im Gedächtnis bleiben. Ein Lied der Schalmeykapelle schloß die Fete, die von guter agitatorischer Wirkung war.

## Versammlungskalender

- Parteiveranstaltungen**  
Breslau  
— Stadteit West. Dienstag 20 Uhr Funktionäerversammlung im „Anglerheim“.  
**Kommunistischer Jugendzweig**  
Breslau  
— Montag 20 Uhr außerordentliche Generalmitgliederversammlung von Grot-Breslau. „Subversivale“, Vereinszimmer.  
— Montag 19.30 Uhr Eintreten am Adlonplatz zur Generalmitgliederversammlung.  
**Roter Frontkämpfer-Bund**  
Breslau  
— Abt. 1. Montag 19 Uhr öffentlicher Kameradschaftsabend. Lichtbildervortrag bei Goudke, Adlonstraße 10. Sympathisierende und Zeitungsleser sind eingeladen.  
— Abt. 2. Montag 20 Uhr Kameradschaftsabend in der „Stadt Kams-lau“, Wallischstraße 22.  
— Abt. 4. Gente 19 Uhr Eintreten der Gefamitabteilung zur Generalversammlung mit Revue Striegauer Platz. Blühige Tagesordnung.  
— Abt. 6. Montag 20 Uhr Generalmitgliederversammlung bei Janke. Erscheinen aller Kameraden ist erforderlich. Nach nicht ungesetzliche Karten abdrucken. Funktionäre eine Stunde vorher.  
Striegau. Mittwoch 20 Uhr Mitgliederversammlung in der „Stadt Breslau“. Referent Gausleiter Scholz.  
**Rote Jungfront**  
Grafik. Mittwoch Mitgliederversammlung in der „Union“, Langenstraße.  
**Sonstige Organisationen**  
Breslau  
— Arbeiterfächer. Dienstag von 20—22 Uhr Uebungsübungen bei Reimann, Reue Antonienstraße 2.  
— Gefangenen „Ged.“ Montag und Mittwoch gemischer Chor unter neuer Leitung.  
Grotzau. Ortsversammlung des AFD. Montag 19.30 Uhr im „Grotzau-Baum“ Funktionäerversammlung. Vortrag über Arbeitslosenversicherung. Alle Gewerkschaftsfunktionäre müssen erscheinen.

Zu hohe Löhne...

Die Pariser Sachverhalte haben nun herausgebracht, unsere Wirtschaft hat den Vater, Am hohen Lohne ist sie zertrübt. Paris und Brüssel, London, ständen im Lohn tiefer unter Groß-Berlin, Auch Mailand, Prag und Warschau ständen, Daß sie viel billiger sich mühen. Drum, Prolet, sag' dich bescheiden. Wenn dir vor der Zukunft bangt, Sprich: Ach neel Joh will schon leiden, Damit die Wirtschaft nur nicht frant!

Jg. Gabler.

Der Sozialdemokrat Röhler für Beibehaltung der Kanalisationsgebühren

Die Sozialdemokraten mit ihrer „Bergwacht“, welche sich zurzeit in ihrem kommunistischen in hysterischer Weise übertrumpfen, bejählichen uns tagtäglich des Verrats an den proletarischen Interessen. Wie schwer jedoch in Wirklichkeit die Arbeiterklasse täglich durch die sozialdemokratische Politik geschädigt wird, beweist wieder einmal folgender Fall: In der letzten Sitzung des Kanalisationsverbandes sowie in der letzten Sitzung der Gemeindevertretung in Dittersbach fand die Frage der Erhöhung bzw. Beibehaltung der Kanalisationsgebühren zur Beschlusfassung. In der einen wie in der anderen Sitzung war es der Sozialdemokrat Röhler, der sich auf das wärmste für diese Gebühren einsetzte. Das längliche Einkommen der Waldenburger Arbeiterklasse ist bekannt. Schwer wird es dem proletarischen Mieter, an jedem Monatsersten seine jeßige Miete zu begleichen. Wenn der Mieter zu seiner gesetzlichen Miete und sonstigen Zuschlägen jetzt noch Kanalisationsgebühren zu bezahlen hat, so mag er sich neben den Bürgerlichen besonders bei dem Patentsozialdemokraten Röhler und seinem Anhang bedanken. Die Kommunisten haben durch Genossen Schulz in Erkenntnis der Notlage der Arbeiterklasse und der Tatsache, daß es sich hier um eine indirekte unsoziale Massenbelastungssteuer handelt, ihren a b l e h n e n d e n Antrag begründen lassen. Wir wissen schon jetzt, daß die „Dreiwacht“ mit wüstem Geschimpfe auf unsere Feststellung antworten wird. Deswegen sei ihr schon jetzt entgegengehalten, daß sich auch in diesem Falle in einer der genannten Sitzungen die Sozialdemokraten spalteten und 2 SPD-Deute mit dem Genossen Schulz stimmten.

Und wieder ein Unfall!

Der Bauer Georg Haasler in der 15. Abteilung, Eugen-Schacht, erlitt einen schweren Unfall. Ein Förderwagen, der auf dem Bergwerk durchging, ergriff den Haasler, brach ihm einen Oberarmel und brachte ihm weitere innere Verletzungen zu. Der Bauer G. wurde in schwerem Zustand in das Knappschaftslazarett eingeliefert.

An alle Parteimitglieder des Unterbezirks Waldenburg: Alle Zuschriften, die Parteiangelegenheiten betreffen, gehen von nun an an die Adresse des Genossen R. Schulz, Dittersbach, Hauptstr. 159.

Wichtig: Eine außerordentliche Sitzung der Gemeindevertretung findet am Dienstag, dem 9. April, 16.30 Uhr, im Saale des „Bürgerheims“ (Jugendheim) statt.

Schweidnitz

Wochenchronik

Der beleidigte Obersekretär. Spr. hatte auch diesmal wieder gegen einen armen Ausgesteuerten die Klagenliste angereichert. Bei der Hungerunterstützung, welche das „Wohlfahrtsamt“ Schweidnitz den Ausgesteuerten zahlt, ist es nur zu verständlich, wenn es manchmal im Zimmer 16 zu erregten Ausritten kommt, wobei dann der Lächelheit des Magistrats bald der Gummimäppel in Tätigkeit tritt. Das Ende ist die Strafe wegen „Beleidigung“ und „Widerstandes“. Die Strafe beträgt 300 Mark, nachdem schon vor mehreren Wochen Kollege B. verurteilt wurde.

Er braucht keine Arbeiter, nämlich der Kaufmann J. Guttman, Langstraße, goldene 38. Trotzdem er fast nur Arbeiterbeschäftigung führt, hat er keinen Pfennig für die Arbeiter übrig. Jeden Akquisitor unserer Presse speist er ab und trägt das Geld lieber zur nationalen „Rundschau“. Jetzt hat er einem Verkäufer der „MJB“ direkt erklärt, für uns nichts übrig zu haben.

Der Pleitegeier geht weiter um. Die Zahl der Konkurse hat im neuen Jahre fast das volle Duzend erreicht. Während vor Jahren der Photograph Sch. seinen Konkurs erklären mußte, ist es diese Woche der Tischlermeister S.

Eisenbahner, wählt revolutionär!

Eisenbahner vom RWB. Schweidnitz, wohin führt euer Weg?

(Von unserem Arbeiterkorrespondenten.)

In unserer Werkstatt ist der Teufel los, und ein förmlicher Notkoller ist bei allen Reformisten ausgebrochen, nachdem sie nun sehen, daß es auch Klassenbewußte Kollegen gibt, die nicht mehr das alles mitmachen, was Herrn Planets getreue SPD-Schäfer in puncto Gewerkschaftspolitik für ihr alleinseligmachendes Dogma betrachten. Heute nur einige Blüten aus unserem jamosen Betriebsrat, der auch dieses Jahr allen Eisenbahnern bei der Betriebsratswahl sein und Sieg verhelfen wird. An der Spitze Herr Trese, seines Zeichens wohlbestallter Krankenkontrolleur. Dieser „Kollege“ entscheidet im Betriebsrat mit über rechtmäßige Abmündigungen solcher Kollegen, die er selbst der Verwaltung zur Bestrafung gemeldet hat. (Der Teufel soll dabei „unparteiisch“ sein.) Da ist auch Herr Buttle, gutensichtiger „ehrenamtlicher“ Verwalter des Einheitsverbandes. Er ist wütender Feind der „Arbeiter-Zeitung“, schreit vor Auslöschungsbrohungen gegen oppositionelle Kollegen nicht zurück. Vielleicht erreicht er bald durch seinen Notkoller die Brotlosmachung einiger oppositioneller Kollegen. Vergessen dürfen wir auch nicht Herrn Keller. Wer kennt nicht seinen Ausspruch vor Monaten: „Wir Eisenbahner sind gerüstet und werden bis zum äußersten kämpfen, auch ohne die Belehrungen der Kommunisten.“ Nun, Kollege Keller, Sie sind sehr still geworden nach dem damaligen Hungerstreikbespruch. Auf Sie paßt so richtig der Ausspruch: „Großer Mund, wenn's gegen die Kommunisten geht, so ist nichts dahinter!“

Das sind so einige „Selben“, die auch jetzt schon wieder mit der Angstmiese herumziehen, denn über allem steht ja die Verwaltung. Eisenbahner vom RWB. Schweidnitz, beschäftigt euch mehr mit den Vorschlägen der Opposition. Denkt an das Beispiel der Kollegen in Königsberg, die vor beiden, der Verwaltung und auch den Reformisten, nicht zu Kreuze gezogen sind. Wählt revolutionäre Betriebsräte!

Anmerkung der Redaktion: Wir veröffentlichen die Zuschrift aus dem RWB. Schweidnitz und fordern die Kollegen in den

anderen Eisenbahnbetrieben zu ähnlichen Korrespondenzen, die die Tätigkeit der Reformisten und der christlichen Betriebsräte beleuchten, auf, um dadurch die Gesamtkollegen für die bevorstehende Betriebsratswahl zu mobilisieren. Alle Mann heran an die Arbeit! Mit den Reformisten muß gründlich abgerechnet und überall müssen revolutionäre Betriebsräte gewählt werden!

Mittelalter auf dem Lande

Aus Hohgiersdorf erhalten wir folgende Zuschrift, die keines Kommentars bedarf: Voriges Jahr, am 18. Juni, fand eine Pflichtfeuerwehrräubung statt. Auf Grund der vorhergegangenen Gründung einer freiwilligen Feuerwehr hatte die Behörde ein Dispositiv ausgearbeitet, das von den Arbeitergemeindevetretern abgelehnt und von der bürgerlichen Mehrheit angenommen wurde. Bei der ersten Übung nach dem neuen Statut war der Brandmeister Herr Gärtner, ein Oberfeuerwehrmann, sowie die „Spitze“ der Behörde zugegen. Das Kommando „Antreten in zwei Gliedern“ gab der Brandmeister. Die Übung sollte nach militärischem Muster vollzogen werden. Das wurde von einigen Arbeitern verweigert. Der Brandmeister war empört. Es entspann sich zwischen den Arbeitern und dem Vertreter der Behörde eine Debatte, worauf die Übung abgebrochen wurde. Die vier Arbeiter erhielten Strafbefehle bis zu zehn Mark wegen Behinderung der freiwilligen Feuerwehr (1). Natürlich wollten sie sich damit nicht abfinden und beantragten gerichtliche Entscheidung. Das Amtsgericht Schweidnitz verurteilte sie zu derselben Strafe und Tragung der Kosten. Darauf übergroße Freude und Bravo unter den Spießbürgern in Hohgiersdorf. Die Arbeiter gaben sich damit nicht zufrieden und legten durch einen Rechtsanwalt Berufung beim Kammergericht ein. Dort wurden die Arbeiter freigesprochen!

Motto: Wir haben kein Geld zum weiteren Ausbau der Fürsorge übrig! In der Diskussion beteiligten sich mehrere Organisationsvertreter sowie Fürsorgeangestellte mit belanglosen Äußerungen. Für die Kriegs- und Arbeitsopfer kam nichts dabei heraus.

Bequeme Polizeimethoden

Die Filmvorführung des RWB. am Karfreitag wurde von der Polizei verboten, weil der Saal angeblich nicht den haupolizeilichen Vorschriften entspricht. Nach einer Verfügung sollen die Säle, in welchen Filme vorgeführt werden, eine Filmzelle haben; aber Kofferapparate von bestimmten Mustern können ohne Zelle spielen, und zu diesen Apparaten gehörte auch der des RWB. Doch die Polizei hielt es nicht erst für notwendig, Erkundigungen einzuziehen, sondern man verbot einfach den Film.

Aus der Partei. Alle Genossen müssen bis 15. April 3 Mark Reichsparteitagsmarken geklebt haben; die Genossen, die ihr Parteibuch noch nicht zur Kontrolle abgegeben haben, wollen dies sofort dem Unterfahnen mitgeben.

Rentenzahlung April: Für Kriegserwitwen findet die Zahlung am 15. April statt. Für Kriegsbeschädigte, Kriegereitern, Voll- und Halbweifen sowie Altersrentner am 16. April.

Letzter Termin für Erneuerungsanträge auf Erlass der Hauszinssteuer ist der 15. April, was Kriegsbeschädigte, Sozialrentner und Erwerbslose beachten wollen.

Die Merkur-Arbeiter kauften am letzten Donnerstag mit großem Interesse unsere Zeitung mit dem Bericht über die Zustände in ihrem Betriebe. Wir werden auch in Zukunft alle Mängel dort mit aller Deutlichkeit anprangern. Darum berichtet, Merkur-Proleten!

Beuthen a. d. O.

Der Stahlhelmknecht als Rüssler

Bei uns in Beuthen a. d. O. treibt sich seit zwei Jahren ein Anführer und Anführer in der Weiden-Schule an der Bahnhofstraße herum. Dieser Mann war früher Eisenbahner, heute nährt er sich von Aufwartegeldern als Aufsichtsmann in der Weiden-Schule pp. Dieser Stahlhelmjunge und Faschistenknecht will was zeigen, indem er die Frauen rüßelt und im Hofe hin und her jagt von Arbeit zu Arbeit. Arbeiter, seid einig und protestiert gegen einen solchen Stahlhelmjungen und Faschistenknecht. Es gibt genug Kriegsverletzte, die diesen Posten bekleiden können. Wir rufen den Arbeitern und Arbeiterinnen zu: Tretet ein in die kommunistische Partei, lest und abonniert die „Arbeiter-Zeitung“! Nur sie vertritt eure Rechte, sie bringt das, was euch als Arbeiter interessiert und stellt solche Rüssler an den Pranger.

Ein 7jähriger Lebensretter. Als der 4jährige Knabe des Schiffers B. Rose ohne Aufsicht an den Röhren spielte, löste sich einer und wurde abgetrieben. Der Knabe stürzte ins Wasser und wäre ertrunken, wenn ihn nicht der 7jährige Sohn des Händlers P. a. r. t unter eigener Lebensgefahr gerettet hätte.

Aus dem Riesengebirge

Petersdorf. Am Freitag wollte die Polizei das Verkaufen der Erwerbslosenausgabe verbieten. Vor dem Gemeindevorstand hatte sie es sogar verboten. Als auf der Straße verkauft wurde, drohte man mit Beschlagnahme. Aber trotzdem wurde weiter verkauft, und die Polizei wagte nicht, etwas zu unternehmen.

Niederschlesien

Görlitz

Die Spießer können sich nicht beruhigen.

Die Aktivität der kommunistischen Partei sowie der Görlitzer Erwerbslosen, besonders die trotz Verbotis stattgefundene Demonstration der Görlitzer Arbeiterklasse, sind den Görlitzer Spießbürgern arg in die Knochen gekehrt. Am-Görlitz haben sie schon ihre Selbstschelte gebührend, große Angst war bei diesen Herrschaften vorhanden, als ihnen durch unsere wohlwollende Polizei, durch die hiesigen Wälder, die „Vollzeitung“ an der Spitze, mitgeteilt wurde, daß die Erwerbslosen beschlossen hatten, am 1. Feiertag durch die gefälligen Vornamen der Spießer zu demonstrieren, und daß die Führer die großen Massen der demonstrierenden Arbeitslosen nicht mehr in der Hand hätten. Die armen Bürger werden keinen Schlaf mehr gefunden haben. Man eile ihnen zu Hilfe, indem man über unsere Stadt den Ausnahmezustand verhängte; aber o weh, am Donnerstag bewegte sich ein gewaltiger Demonstrationsszug durch die Straßen der Stadt. Es wurde mitten auf der Berliner Straße eine Androhung gehalten, am Schluß derselben brachte man ein begeistertes Hoch auf die Weltrevolution aus. Trotz Verbot!

Nur die Forderungen der Arbeiter der Armeen hat unser bürgerlicher Magistrat nicht viel übrig. Man rühmt sich, den Arbeitslosen eine Kohlenpende bewilligt zu haben. 1 1/2 Zentner Kohle soll den Erwerbslosen genügen, um den ganzen Winter eine warme Stube zu haben. Wir denken an die Ausgesteuerten, die eine mehr als klägliche Unterstützung erhalten.

Als treuer Bundesgenosse in der Wiederinbetriebung der Erwerbslosen erweist sich auch hier wieder das sogenannte „Organ der werktätigen Bevölkerung“, die „Görlitzer Volkszeitung“! Erwerbslose von Görlitz, ihr könnt daraus ersehen, wenn ihr eure berechtigten Forderungen nach einer Wirtschaftshilfe erhebt, da ist die Einheitsfront von den Denkschriftstücken bis zur SPD. herabgerutscht! Nur den Kommunisten soll man für hungernde Arbeitslose! Erkennt endlich: nur die kommunistische Partei tritt energisch für eure Interessen ein. Werbet Mitglieder der kommunistischen Partei! Lest die „Arbeiter-Zeitung“!

Penzig. „Adlerhütten.“ Vor kurzem ereignete sich in der Schmelzerei der Firma „Glasbläserwerke Adlerhütten“ folgender Unglücksfall: Der Schmelzergeselle Knablosch aus Jodelschnitt ist beim Anrücken von Kohlenbüchsen beide Hände erheblich auf. Als man ihm den ersten Notverband anlegen wollte, war in der betreffenden Abteilung nicht einmal entsprechender Verbandstoff vorhanden, so daß er in der Hüttenwerkstätte gezeichnetes Verbandsmaterial gekauft werden mußte. Er mußte sich sofort in ärztliche Behandlung begeben. — Erst am Oker-Sonabend hatte sich eine Frau in derselben Abteilung die Hand aufgeschnitten. Nach anderer Ansicht dürften Frauen überhaupt nicht an die Maschinen zum Anrücken gestellt werden.

Geißdorf. Als Antwort auf die Angriffe des Kantors L. H. Ziller haben die Freidenker ein Flugblatt drucken lassen, zitiert Geißdorfer Giedengedicht. Dasselbe wurde in 10 Exemplaren an die Bevölkerung verteilt. Dieses hat wie eine Bombe eingeschlagen. Um aber unserem Kampf die nötige Kraft zu verleihen, findet am Sonntag, dem 7. April, um 15 Uhr eine öffentliche Versammlung im Lokal „Prinzregent“ über das Thema „Arbeiterklasse und Kirche“ statt. Referent ist Hauptlehrer Paul Haber-Breslau. Arbeiter, erscheint mit euren Frauen in Massen

Hagnau

Jungarbeiter, her zu uns!

In Anbetracht der bevorstehenden großen Wirtschaftskämpfe brauchen wir eine geschlossene, gut organisierte Arbeiterklasse. Auch die indifferenten, wie die noch in den bürgerlichen Vereinen verweilenden Jungarbeiter müssen in diese Kampffront eingereicht werden. Die hiesigen Jungkommunisten (JKB) erlassen an alle proletarischen Eltern die erste Mahnung, ihre Kinder, auch die die Eltern die Schule verlassen haben, zu ihnen zu schicken. Die Unterlehrer von Partei, RWB und Rote Hilfe haben Anweisung, neue Mitglieder aufzunehmen. Die nächsten Heimabende werden in der „Arbeiter-Zeitung“ bekanntgegeben, ebenso die nächste öffentliche Werbeversammlung.

Mai Hentischel — der Prügelheld.

Unter dem Motto: „Und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag ich dir den Schädel ein.“ versucht der satirisch bekannte, mit einer politischen Wetterfahne zu vergleichende Kollege Hentischel des öfteren mit unseren Genossen zu diskutieren. So auch am Donnerstag früh beim Stempeln im „Sollshaus“. Als der Genosse Schroda ihm aber ein paar bittere Wahrheiten unterbreitete, quittierte er das mit ein paar Faustschlägen. Leider ließ sich der Genosse Schroda von diesem Prügelwagnis drohieren. Nur durch die ruhige Besonnenheit der noch anwesenden Genossen wurde eine größere Schlägerei vermieden. Wir werden den reformmüßigen Ermagungen keine Gelegenheit geben, daß sie über unsere Bewegung mit Verleumdungen herziehen können. Mit dem Prügel-Hentischel aber werden wir noch ein ernstes Wort reden. Wir haben für die Ansetzung eines solchen „Auch-Gewerkschaftskollegen nur ein kräftiges „Bum Teufel“ übrig.

Sagan

Der Arbeiter-Gesangverein Lieberschlag hält am Sonnabend, dem 13. April, im „Sollshaus“ sein 33. Stiftungsfest ab. Das Programm ist sehr gut zusammengestellt und bietet gute gesangliche und musikalische Vorträge. Die Musik wird vom Dreherverein gestellt. Ein Theaterstück und Tanz bilden den Abschluß. Der Verein hat sich in dankenswerter Weise allen proletarischen Organisationen zur Verfügung gestellt. Wir empfehlen daher den Besuch dieser Veranstaltung. Erwerbslose zahlen nur 25 Pfennig Eintritt.

Liegnitz

Was sind Lebensmittel?

Der Untersuchungsrichter in Breslau hat erlaubt, daß der verhaftete Genosse Löffler Lebensmittel, Rauchwaren pp. erhalten darf. Als am 3. April warmes Mittagessen ins Gefängnis gebracht wurde, erklärte das Fräulein an der Tür, das seien keine Lebensmittel. Vielleicht kann das Fräulein uns sagen, wozu Fleisch, Kartoffeln und Gemüse gehören? Die Arbeiter, die das Essen brachten, wurden dem Hauptwachmeister vorgeführt, der dann veranlaßte, daß Genosse Löffler das Essen erhielt. Dem Fräulein Wachmeister raten wir zu, nicht allzu „diensteifrig“ zu sein, den Gefangenen tut das warme Essen sehr gut.

Zusagen.

In der am 3. April im Stadtverordnetenversammlung getagten Sitzung referierte ein Vertreter der Landeshauptmannschaft Breslau. Das Referat war auf die Bestimmungen des RWB. zugeschnitten.

# Oberschlesien

## Opfer des Religionsfanatismus

Mutter tötet Tochter, Erbkeim und sich selbst, weil das Kind evangelisch werden sollte

Eigenau bei Rattowitz. — In der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag wurde hier eine schmerzliche Tat verübt, die drei Opfer forderte. Am Donnerstagmorgen wurden in der Wohnung der Familie Kerger die Eltern, die Mutter und das vor wenigen Tagen geborene Kind mit durchschnittenen Sehnen aufgefunden. Die junge Mutter wurde in schwerem, hoffnungslosen Zustande in das Krankenhaus gebracht, während bei den beiden anderen der Tod bereits eingetreten war.

Die Tragödie ist bereits fast vollständig aufgeklärt. Die 24-jährige Tochter ist seit dem vorigen Jahre mit dem Lokomotivführer S y r b a verheiratet. Der Ehegatte hatte die Wohnung am Mittwochnachmittag nach einer heftigen Auseinandersetzung mit seiner Schwiegermutter über die dem Kinde zu gebende Religion verlassen. Die Eheleute hatten sich im vorigen Jahre gegen den Willen der Witwe Kerger, die katholischer Konfession ist, evangelisch trauen lassen. Nun wollten die Eltern das Kind ebenfalls evangelisch taufen lassen, während Frau Kerger eine katholische Taufe haben wollte. Sy r b a war zu seiner Schwiegermutter nach Schoppinitz gefahren und hatte dort übernachtet, um heute früh sofort zur Schwägerin zu gehen. Nach den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft und der Polizeibehörden, die sich insbesondere auf einen von Frau Kerger hinterlassenen Brief stützen, ist der Verlauf der Tat aller Wahrscheinlichkeit nach folgender:

Die Auseinandersetzung zwischen der Witwe Kerger und ihrem Schwiegerohn wurde in der Nacht durch einen Wortwechsel zwischen Mutter und Tochter fortgesetzt. Darauf hat Frau Kerger zunächst ihrer Tochter mit einem Rasiermesser die Sehnen durchschnitten und sich dann in der Meinung, daß ihre Tochter bereits tot sei, den gleichen Schnitt beigelegt, nachdem sie vorher noch das sechs Tage alte Kind ebenfalls getötet hatte. Der Ehegatte Sy r b a konnte sein Mißverständnis nachweisen.

Diese Schreckstat ist nur das Resultat der Hege der katholischen Kirche gegen Andersgestimmte. In Weizsäcker stehen sich katholische Geistliche zu Aktentaten gegen Eisenbahnzüge hin.

## Olsewitz

### Betriebszeitung „Gegenseitigkeit“ hat die Reformisten aufgegriffen

(Von unserem Betriebsberichterstatter.)

Die letzte Nummer der „Gegenseitigkeit“, Betriebszeitung der revolutionären Opposition, hat nicht nur die Herren Antreiber hochgebracht, sondern auch die Herren Reformisten, die sogar zum „Vollständigen“ Riefen und in einem Artikel der Nummer 73 vom 28. März diesen schändlichen mit hilflosem Gestammel, gemischt mit üblicher Kommunistenhege. Die beiden oppositionellen Betriebsräte, Mitglieder des DRB, werden in dem Artikel angeekelt, und das nur aus Mitleid darüber, daß die freigewerkschaftliche Belegschaft bei der Kandidatenaufstellung zu der Betriebsratswahl den Reformisten den verdienten Fußtritt verweigerte.

In der Belegschaftsversammlung, da hütet sich dieser Zeilen-schreiber, sich bededige Hege an den Mann zu bringen, weil er weiß, daß er sich da nur eine Abreibung von der Belegschaft holen könnte. Im „Vollständigen“, da läßt dieser Bursche:

Wie die Reformisten die Interessen der Belegschaft im Auge haben, beweist ein Auspruch eines sozialdemokratischen Funktionärs bei der Aufstellung der Vorschlagsliste zur Betriebsratswahl. Er führte seltener aus: „Wir (die Baugewerkschaft) wollten ja C h l e b o s c h (S.P.D.) nur mit auf die Liste, damit er mehr Zeit hat, sich um die Geschäfte der Baugewerkschaft zu kümmern.“ C h l e b o s c h ist im Vorstand der hier gegründeten Baugewerkschaft, und schon zu der damaligen Zeit, wo C h. Vorsitzender des Betriebsrates war, kümmerte er sich um die Geschäfte der Gewerkschaft mehr, als um die betrieblichen Verhältnisse. Er steht im guten Ansehen bei der Verwaltung. Zur und Lor stehen ihm zum Betreten der Werkstätttüme offen, mogegen einem simplen Proleten, wenn er zum Betriebsrat will, Schwierigkeiten schon durch den Portier gemacht werden. (Natürlich erfolgt dies auf höheren Befehl.)

Der sozialdemokratische Stadtrat ist bei den Drahtwertern als Meister tätig. Die Leute unter ihm verdienen sehr schlecht.

Ihr reformistisches Bongen und Bönzchen, läßt immer weiter so; die Arbeiter, die euch heute noch das Vertrauen schenken, wird dadurch um so schneller erkennen, daß sie mit der revolutionären Opposition den Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung führen muß. Die Felle schmeißen der S.P.D. weg, und darum die verstärkte Hege gegen die Kommunisten.

### Dem gehören die in den städtischen Autobussen zurückgelassenen Gegenstände?

In den städtischen Autobussen sind nachfolgend aufgeführte Gegenstände in der Zeit vom 1. bis 31. März 1929 gefunden worden: 1 leere Brieftasche, 6 Geldbörsen mit Inhalt, 1 Spazierstock, 4 Paar Handschuhe, 1 Ring, 1 Reiseschloß, 1 Fahrscheintasche, 1 Fingerhandschuh, 3 Geldbeträge, 1 Schal, 1 Wäsche, 1 Paket alte Krügen, 1 Handtäschchen, 1 Schürze, 2 Aktentaschen mit Inhalt. Die Sachen können in den Dienststunden im Betriebsamt, Löwenstraße 6, abgeholt werden. Sachen, die innerhalb 6 Wochen nicht abgeholt werden, kommen zur amtlichen Versteigerung.

## Hindenburg

### Wie sieht es in einem sozialdemokratischen Wei...be aus?

(Von unserem Arbeiterkorrespondenten.)

Im Gutdömmen werden bei den Sandgewinnungsarbeiten durch die Firma E t t i n g e r Kumpels beschäftigt. Alle Aufpaffer, angefangen vom Betriebsführer U r b a s c h bis zum letzten Aufseher, müssen Mitglieder der S.P.D. oder des Reichsbanners sein. Einige sollen auch noch freie Gewerkschaftler sein.

Und wie sind die Zustände in einem von Sozialdemokraten beherrschten Betriebe? Die Zahlung des Tariflohnes soll in vielen Fällen nicht erfolgen. Es sollen gerade die Leute, die man aus Polnisch-Oberschlesien beschäftigt, nicht tariflich entlohnt werden. Am 2. April wurde der Wächter vom Sandbagger entlassen. Der Mann stand über die Feiertage, 48 Stunden ununterbrochen, Wache und soll jetzt keinen Ueberzahlungsaufschlag zum Lohn erhalten. Angeblich deshalb nicht, weil nach Ansicht der Firma der Aufschlag in der monatlichen Abfindung von 100 Mark mit eingerechnet sein soll. Das Arbeitsgericht wird sich damit beschäftigen.

Trotzdem männliche und weibliche Arbeitskräfte auf der Baustelle beschäftigt werden, ist nur ein Umliebetraum vorhanden. Die Jungen behaupten, daß einer der Aufpaffer Anhänger der „Radikalität“ sein soll. Es wird Zeit, daß dieser Mißstand schnellstens beseitigt wird.

Reize Zustände in einem Betrieb, wo Sozialdemokraten, die zum Teil auch freie Gewerkschaftler sind, den Aufpaffer machen. Die Belegschaft sollte gegen diese Zustände ankämpfen. Auch den Kumpeln aus Polnisch-Oberschlesien sollte planmäßig gemacht werden, daß sie ihren Tariflohn fordern und sich nicht als Lohnrüder hergeben.

## Laband

R.K.M. Werbeplakate führen ihn

A. R. Der rote Frontkämpferbund führt keine Kampagne für das diesjährige Reichstreffen in Hamburg durch. Auch in unserem

Ort haben die Kameraden Plakate, wo die Arbeiterschaft aufgefordert wird, alles das Treffen zu unterstützen. Den Kaufmann L e r n e r, der Gemeindevorsteher des Zentrums ist, stören diese Plakate. Er ließ durch den Polizeibehörden das in der Nähe seines Ladens hängende Plakat herunterreißen.

Wir können dem L. nur sagen, daß auch die Sabotage von ihm nicht die Arbeiterschaft abhalten wird, den R.K.M. als die einzige proletarische Wehrorganisation tatkräftig zu unterstützen. Wir können es wahrlich verstehen, wenn dieser Mädel versucht, seine Wut gegen die verfluchten roten auszudrücken. L. zählt doch zu seinen Kunden vorwiegend die Arbeiterschaft. Das Verhalten des L. möchte die Arbeiter, vor allem die Frauen, veranlassen, ihr Geld auch anderswohin hinzutragen, als zu einem Manne, der alles, was rot ist, am liebsten freissen möchte.

## Milulischütz

### Beratung der Mißstände bei der Feuerwehr behindert

Die letzte Gemeindevorstandssitzung ist der „Milulischützer Zeitung“, die unter Zentrumsbeeinflussung steht, berast auf die Nerven gefallen, als ob diese Gollath ihr auf die große Hege getreten wäre. Das Blättchen polemisiert darüber, daß im Gemeindepalament zwei sich scharf bekämpfende Gruppen vertreten sind, und es hegt hierbei lustig auf die verfluchten Kommunisten, die sich für die Anträge der Gewerkschaften erneut eingesetzt haben. Wenn man die Kommunisten nicht im Parlament hätte, wäre die halbe Eintracht, und man brauchte sich über die „Agitations“-Anträge der Kommunisten nicht den Kopf darüber zu zerbrechen, wie man sich aus der Mähre herauswindet. Man könnte hübsch vergnügt eine amilproletarische Politik betreiben, ohne in der Öffentlichkeit angeprangert zu werden. Wenn dieses Blättchen von zwei Gruppen spricht, so mit vollem Recht. Die eine Gruppe vom S.P.D. D h m a n n bis zum deutschnationalen Bergdirektor B u m b u s c h, die die Interessen der besitzenden Klasse wahrnimmt, auf der anderen Seite die Kommunisten, die für die Interessen der werktätigen Schichten eintreten.

## Gegen das drohende Verbot der R.P.D.

Arbeiter, Arbeiterinnen, heraus zum Protest gegen das drohende Verbot der kommunistischen Partei!

### Hindenburg

Die n s t a g, 9. April, 19 Uhr auf dem Reigensteinplatz öffentliche Protestversammlung. Es spricht der Reichstagsabgeordnete Genosse J a b a s c h.

### Wistupitz

Die n s t a g, 9. April, 19 Uhr auf dem Marktplatz. Referent: Landtagsabgeordneter Genosse J e n d r o s c h.

Bei Behandlung des Erwerbslosenanspruches erklärte der zentrumistische Gemeindevorsteher, daß der Landrat die Zahlung von Betriebsbeihilfen verboten habe, und übrigens gibt es nach Ostern wieder Arbeit. Diese kurze und bündige Erklärung dieses Zentrumsmannes dürfte wohl genügen, um ihn demnach als „sozial“ eingestellten Gemeindevorsteher einzuschätzen. Man faßelt von bürgerlicher Seite, wie üblich, über Agitationsanträge der Kommunisten. Man stieß sogar die Drohung gegen den Genossen M a t u s c h i l z aus, der bei der Gemeinde als Arbeiter beschäftigt ist, daß, wenn er sich in der Zukunft für die sozialen Anträge einsetze, er aus Gemeindevorstand entlassen werde. Das zeigt nur, daß diese Leutchen drauf und dran sind, die Kommunisten zu schädigen. Unser Genosse wird sich dieser frechen Drohung nicht fügen.

Der Bericht über das Geschäftsjahr 1927 schließt mit einem Ueberschuß von 128 000 Mark ab, der dem Betriebsfonds überwiesen wird. Für die Hilfsbedürftigen ist stets kein Geld vorhanden.

Dem Abschluß eines Vertrages mit der Reklamefirma S p ö n i g -Beuthen, die sich verpflichtet, auf ihre eigenen Kosten acht Reklamesäulen aufzustellen, und 320 Mark Pacht an die Gemeinde zahlt, wobei nach fünf Jahren Vertragsdauer die Säulen in den Besitz der Gemeinde übergehen, wurde zugestimmt.

Nun sollte die Beratung über die Mißstände bei der Feuerwehr auf Grund eines von den Kommunisten gestellten Antrages folgen. Die „Arbeiter-Zeitung“ brachte hierüber vor einigen Wochen einen diesbezüglichen Artikel. Die proletarische Öffentlichkeit ließ daraufhin gegen diese Mißstände Sturm. Man brachte den Antrag dadurch zu Fall, daß man erklärte, daß diese Dinge hier nicht hingehören. Der sozialdemokratische Schöffe D h m a n n, der als Ober-Brandmeister stark in dieser Korruptionsaffäre verwickelt ist, teilte die Meinung der bürgerlichen Vertreter. Diese Herrschaften haben diesmal noch vermocht, die Beratung zu verhindern. Sie müssen unter dem Druck der proletarischen Bevölkerung gezwungen werden, über diese Dinge näheren Aufschluß zu geben. Die Schuldigen müssen zur Verantwortung gezogen werden.

Auf eine kommunistische Anfrage hin, warum man nicht dieselben Arbeiter in diesem Jahre zu den Arbeiten beim Stadionbau genommen habe, erklärte der Gemeindevorsteher, daß diese Arbeiter sich zu frech benommen haben. Weil die Proleten um ihre Rechte gekämpft haben, sind sie nach Meinung dieser Leute zu frech und sollen weiter auf der StraÙe liegen, bis sie kirre gemacht worden sind.

Zum Schluß erhoben die Kommunisten Protest gegen die Verschleppungstaktik in der Frage der Arbeiterpensionskasse. Zuerst beutet man die Proleten aus und dann scheidet man sie ohne Pension auf die StraÙe.

Die werktätige Bevölkerung von Milulischütz wird gewiß diesen Leuten vom Schläge eines D h m a n n, über die Zentrumsrüder hinweg bis zum deutschnationalen Industrierepäsentanten B u m b u s c h, die Quittung geben. Sie wird ihre Stimme reißlos der R.P.D. geben, um nicht noch weiterhin betrogen zu werden.

Belegschaftsversammlung und Betriebsratswahlresultat Die Reformisten haben noch kurz vor der Betriebsratswahl auf Kapitalengpässe eine Belegschaftsversammlung abgehalten, wo sie sonst sich dazu schwer bequemen, mit dem Jwed, der Opposition noch eins auszuwichen. Die Rebellie hat sich gewendet, und die Reuegaten vom Schläge D h m a n n haben, wie das Ergebnis der Betriebsratswahl zeigt, eins ausgeworfen bekommen. Die Opposition erhebt wie die Reformisten sieben Eise. In der Belegschaftsversammlung holte man sich die „Führer“ Schmidt und Krzymel, und auch ihre Kommunistenhege und alten Vodenhüter gegen die Opposition haben nicht vermocht, den roten Vormarsch aufzuhalten. Verursachungsbericht D h m a n n gab den Tätigkeitsbericht, der sehr mager

war. Es sprachen mehrere Kameraden der Opposition zu dem Tätigkeitsbericht und nagelten die Untätigkeit der Reformisten fest. Die Kameraden, die da waren, sprachen sich in der Mehrheit für die Opposition aus. Das Wahlergebnis ist der Ausdruck des wachsenden Kampfwillens der Bergarbeiter. Der letzte Kumpel muß überzeugt werden davon, daß eine Besserung der betrieblichen Verhältnisse und der Lebenslage überhaupt nur durch den Klassenkampf und nicht durch Wirtschaftsdemokratie erreicht werden kann, und auch er sich in die Kampffront einzureihen habe.

## Cosel

### Flüchtlingseleid und der „Dank des Vaterlandes“

A. R. Gegen 18 Flüchtlingsfamilien hatte man wegen rückständiger Miete Klammungsanträge angestellt. Die Verhandlung fand vor dem Amtsgericht am 21. März statt. Von den 18 Angeklagten wurden 12 zur sofortigen Räumung ihrer Wohnung verurteilt. Auf die Frage der Beurteilung an das Gericht, wo sie wohnen sollen, hatten die Herren nur ein Adjektiv übrig.

Der größte Teil der Angeklagten ist erwerbslos, zum Teil sogar als Ausgesteuerte ohne Unterstützung. Angewiesen auf die Bettelebensmittel des Wohlfahrtsamtes triffen sie ihr Dasein mit Frau und Kindern, und man verlangt von ihnen trotzdem noch die Miete. Die von Reich und Staat gemachten Versprechungen sind in ein Nichts zerfallen. Existenzlos stehen viele von ihnen da und warten schon Jahre auf Hilfe.

Heute noch hatten die Parlamentarier der bürgerlichen Parteien und der S.P.D. über die Grenzlandnot reden und denken aber nicht in der Tat daran, den armen Teufeln von Flüchtlingen zu helfen. Wenn diese Leute von Grenzlandnot reden, so denken sie an die Erfüllung der Wünsche der Industriemagnaten.

Die wertvolle Bevölkerung deutscher wie polnischer Junge sollte sich nicht von den bezahlten Agenten der deutschen wie polnischen Bourgeoisie gegeneinander aufheben lassen, sondern in gemeinsamer Front den wahren Feind, die Kapitalisten, hassen und dräben bekämpfen.

## Oppeln

### Orzesinski in Oppeln!

Heraus zum Protest gegen den Polizeiminister!

Morgen wird der neue Oberpräsident, Dr. L u f a s c h e l, der als Zentrumsoberrürgermeister in Hindenburg seine Arbeitseindrigkeit bewiesen hat, in sein neues Amt eingeführt, und zwar von dem preussischen sozialdemokratischen Innenminister, den durch seine sozialfaschistischen Erlasse bekannten Polizeisozialisten Orzesinski. Das gesamte Bürgertum rümpelt sich, um Lufaschel und Orzesinski heillos — auf Kosten des werktätigen Volkes — zu empfangen. Die sozialdemokratischen Führer werden selbstverständlich mit an der Spitze des Nummels stehen. Lufaschel ist der Mann, der seinerzeit als Herrscher der Bergarbeitergemeinde Zabrze, den im Winter beschäftigten Arbeitslosen die Kassen ausschöpfen, sich aber seine Sommerwohnung für 22 688 Mark auf Gemeindefonds renovieren ließ.

Die arbeitende Bevölkerung Oberschlesiens weiß, was sie von diesem Dr. Lufaschel zu erwarten hat. Er wird, wie sein Vorgänger und wie alle anderen Sachverwalter der kapitalistischen Republik ausschließlich die Interessen der Besitzenden vertreten. Arbeiter, Arbeiterinnen Oppeln! Gegenüber dem bürgerlichen Nummel und dem Vorschulbrotteiler, die Dr. Lufaschel gezollt werden, gilt es, am 9. April eine Gegendemonstration zu veranstalten. Das Oppelner Proletariat muß am 9. April sowohl gegen den Kummel für Dr. Lufaschel, den Vertrauensmann der Großkapitalisten und der Kirche, und noch mehr gegen die Anwesenheit des Polizeisozialisten Orzesinski demonstrieren.

Ein Massenaufmarsch der Oppelner Arbeiterbevölkerung muß Herrn Orzesinski zeigen, daß die unter Führung der kommunistischen Partei kämpfende Klassenbewusste Arbeiterschaft sich durch seine sozialfaschistischen Erlasse nicht einschüchtern läßt und seine Drohungen mit verschärftem Kampf gegen die Politik der Koalitionsregierung beantwortet. Aisset zu einer wichtigen Gegendemonstration!

Heute, um 18.30 Uhr, findet zwecks Vorbereitung des Aufmarsches eine Besprechung im Lokal „Schützenhaus“ statt.

## Die Bilanz der städtischen Betriebswerte

Die städtischen Betriebswerte haben im Etatsjahr 1928 an die Stadthauptkasse einen Ueberschuß von 650 000 Mark abführen müssen. Dieser Ueberschuß wird zum großen Teil durch die hohen Strompreise von 60 Pf. pro Kilowattstunde erzielt, obwohl der Stadt selbst der Strom noch nicht einmal 6 Pfennige kostet. Zum andern Teil wird dieser Ueberschuß durch zu geringe Abschreibungen der Anlagen und Werte der Betriebswerte erzielt. Würde man nach kaufmännischen Gesichtspunkten eine Prüfung der dieser Tage der Betriebsdeputation vorgelegten Bilanz vornehmen, so würde man manche Ueberschätzung erleben und, da im Verfolg mit einer Pleite unbedingt zu rechnen sein würde, sogar von einem betrügerischen Bankrott sprechen können.

Nur ein Beispiel: ein Gasofen, welcher 100 000—120 000 Mark kostet und etwa fünf Jahre alt wird, soll mit jährlich 5000—6000 Mark abgeschrieben werden. Wo soll das hinführen? Bei einer solcher Bilanz täuscht man sich Werte vor, die man gar nicht hat.

Die Gasabgabe ist im vergangenen Jahre um 8 Prozent gefallen, ebenso die Stromabgabe etwa um 10 Prozent. An Einnahmen wurden aus allen Werken 2,2 Millionen Mark erzielt. Der auf diese Art geschilberte Ueberschuß von 650 000 Mark verteilt sich auf die einzelnen Werte wie folgt:

|                   |           |
|-------------------|-----------|
| Elektrizitätswert | 420 000 „ |
| Gaswert           | 120 000 „ |
| Biegel            | 20 000 „  |
| Wasserwert        | 90 000 „  |

Genosse G i r n d t, welcher von unserer Seite Mitglied der städtischen Betriebsdeputation ist, hat gegen die Aufstellung einer solchen Bilanz die größten Bedenken zum Ausdruck gebracht und verlangt, daß die Abschreibungen dem Verschleiß der Anlagen entsprechend vorgenommen werden müssen.

### Fundsachen

Im Fundbüro (Rathaus Zimmer 5) wurden in der Zeit vom 22. bis 30. März als gefunden abgegeben: eine goldene Damen-Armbanduhr mit Armband, ein goldener Ohrring mit 3 Steinen, ein goldenes Armband, ein Damen-Leberhandschuh, ein Paar Damen-Stoffhandschuhe, eine Geldtasche mit kleinem Geldbetrag; z u g e l a u f e n ist ein kleiner brauner Dadel. In derselben Zeit wurden als verloren gemeldet: zwei Ersatzautorisen, eine Brieftasche mit 200 Mark, ein goldener Ohrring, eine gelbe Damenhandtasche, ein goldenes Armband, eine braune Damenhandschuh mit 31 Mark, ein Herren-Leberhandschuh.

### Aus der Stadtzeile

Aus dem herausgegebenen Geschäftsbericht des Betriebsamtes ist zu entnehmen, daß die Stadtzeile im vergangenen Geschäftsjahre eine Produktion von über 3 Millionen Biegeln, Röhren usw. hatte. Der Ueberschuß aus diesem Werk beträgt circa 20 000 Mark. Zu verzinzen und zu amortisieren ist ein Betrag von circa 70 000 Mark. In diesem Jahre soll u. a. auch der Umbau des Wohnhauses des Biegelmeisters stattfinden. Das Haus, das circa 70 Jahre alt ist, bedarf dringend einer Renovierung und Aufstockung, um einige Wohnräume zu schaffen. Die Aufstockung dürfte circa 5400 Mark betragen.

